

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefonnummer: Nimi Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belfer-Platz 8
Telegraphenamt: Copaden

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung bedarf stets 4 Wochen vor dem Druckantritt, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Seiten ist Berlin.

Berlin, den 11. März 1931

Int. Institut
399. Geschiedenis
Amsterdam

Das neueste Russenprojekt.

SPD. Die am Mittwoch aus Russland zurückgekehrten deutschen Grossindustriellen haben der Reichsregierung über ihre Eindrücke und Verhandlungen sofort Bericht erstattet. Die Reichsregierung veröffentlicht dazu ein ausserst zurückhaltendes Communiqué, in dem es heisst, dass ihre Stellungnahme zu dem Ergebnis der Verhandlungen "erst nach Vorlegung und Ueberprüfung des gesamten Materials zu erwarten ist". Einzelheiten über die von den Russen erteilten Aufträge werden vorläufig nicht mitgeteilt.

Es ist überhaupt zu empfehlen, sich über das Ausmass der russischen Aufträge keinen falschen Vorstellungen und trügerischen Hoffnungen hinzugeben. Ein russischer Sammelauftrag würde der deutschen Schwerindustrie und der elektrotechnischen Industrie in Deutschland, die dafür nach Lage der Dinge in Frage kommen, sicher sehr willkommen sein. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hängen aber selbstverständlich von der Höhe der Aufträge ab. Hier lehren die Erfahrungen, dass ein Export in Höhe von 1 Milliarde Mark etwa 100 000 Arbeitern in Deutschland Beschäftigung geben würde. In Kreisen der Industrie rechnet man jedoch nicht einmal mit Aufträgen in Höhe von 500 000 Mark. Man erwartet im besten Falle Bestellungen, die alles in allem etwas über 200 Millionen Mark ausmachen würden. Aber auch hier sind die Vorbedingungen durchaus ungeklärt.

Wir sind es gewohnt, dass die deutschen Kommunisten bei russischen Aufträgen, an wen es auch sei, immer wieder das Lied von der prosperierenden Sowjetwirtschaft singen, die Millionenaufträge vergeben kann, während die Import- und Exportziffern aller kapitalistischen Länder unter dem Eindruck der fürchterlichen Wirtschaftskrise immer weiter sinken. Das wird zweifellos auch diesmal der Fall sein. An sich aber ist die wirtschaftliche Situation in Russland ganz anders zu beurteilen als die Wirtschaft in anderen Ländern. In den kapitalistischen Ländern beruht die Krise vorzugsweise auf Ueber-rationalisierung, auf Ueberkapazität und Ueberproduktion. Man erzeugt zu viel Waren. Man erzeugt und erzeugt, ohne absetzen zu können. Gegenüber den übersteigerten Produktionskräften versagt infolge einer falschen Lohn- und Kaufkraftpolitik der Markt.

Russland steckt dagegen erst in der Rationalisierung, die im Fünfjahresplan festgelegt ist. Es befindet sich in einer Investierungsperiode, die die meisten Industrieländer, z.B. Deutschland, hinter sich haben. Ist das Merkmal der Wirtschaftssituation in den kapitalistischen Industrieländern die Ueberproduktion an Waren, so leidet Russland an einer fürchterlichen Warenknappheit die soweit geht, dass sich der Zwang zur verringerten Einfuhr von Produktionsmitteln und zum vermehrten Import von Konsumartikeln immer stärker ausprägt. Eine solche Wendung in der russischen Handelspolitik würde die Unterminierung des Fünfjahresplans, d.h. der ganzen russischen Rationalisierung bedeuten. Die Katastrophe kann nur vermieden werden, wenn Russland irgendwo in der Welt Maschinenkredite erhält. Infolgedessen war und ist die ganze russische Politik

der letzten Monate darauf eingestellt, diese Kredite irgendwie hereinzuholen. Die letzten Anstrengungen auf diesem Gebiet werden durch die Reise der deutschen Grossindustriellen nach Russland charakterisiert. Die Offerte der Russen an die deutsche Industrie ist mit ein Versuch, die Abwicklung des Fünfjahresplans einigermaßen zu sichern. Russland ist bei diesem Geschäft nicht der gebende, sondern der nehmende Teil. Reklame für das "Wirtschaftsparadies" in Sowjet-Russland ist schlechterdings mit dem Geschäft nicht zu machen.

Ob sich die Russenprojekte verwirklichen lassen, hängt schliesslich davon ab, wie das geplante Geschäft zu finanzieren ist. Die Frage bei jedem Russengeschäft ist ja nicht die, ob die Aufträge gegeben werden, sondern die, wie die Russen zahlen wollen und können. Bisher war das deutsche Russengeschäft auf Aufträge von 500 Millionen Mark abgestellt, wozu allerdings noch laufende Aufträge gekommen sind. Die Regierungen haben für diese Russenaufträge die Garantie übernommen und zwar garantierten Reich und Länder mit 40 bzw. 30 %. Die Lauffristen der den Russen eingeräumten Kredite betragen bei leichten Investitionen 2 Jahre und bei schweren Investitionen bis 4 Jahre. Auch die neuen Russenprojekte greifen auf die Reichsgarantie zurück. Die Reichsregierung besitzt für eine solche Garantie eine allgemeine Ermächtigung, die für das geplante Projekt ausreichen dürfte, sofern der Betrag von 200 Millionen nicht wesentlich überschritten wird. Nun haben aber die Russen anscheinend eine Verlängerung der Lauffristen verlangt und wie es scheint gehen die russischen Wünsche hier über das auch bei solchen grossen Geschäften übliche Mass hinaus.

Selbst wenn in Betracht gezogen wird, dass man von Ausfällen in den Russengeschäften bis jetzt nichts gehört hat, so ist eine genaue Ueberprüfung des neuen Projekts notwendig. Es muss von vornherein vermieden werden, dass Reich und Länder eines guten Tages für die Abmachungen zwischen den deutschen Industriellen und der sowjetrussischen Wirtschaftsbürokratie gerade zu stehen haben. Ist das Projekt einigermaßen günstig, dann muss es selbstverständlich abgeschlossen werden. Im anderen Falle ist es besser die Finger davon zu lassen.

SPD. München, 11. März (Eig. Drahtb.)

Der bayerische Polizeiminister Dr. Stützel fand anlässlich der Beratung seines Haushaltes im Bayerischen Landtag erfreulich kräftige Worte gegen die Verwilderung des politischen Kampfes, die gerade in Bayern fast ausschliesslich auf das Konto der Rechtsradikalen kommt. Besonders bemerkenswert war seine Feststellung, dass er von jetzt an unter allen Umständen die Versammlungsfreiheit mit Hilfe der staatlichen Machtmittel schützen werde. Diese Zusage bedeutet eine grundsätzliche Abkehr von der bisher in Bayern üblichen Polizeimethode, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung vielfach nur das Versammlungsverbot kannte. Wörtlich erklärt der Minister:

"Die Schwierigkeiten, die sich für die Bevölkerung und für die Polizei aus der jetzigen Art der politischen Versammlungen ergeben, werden nicht dadurch behoben, dass man die Versammlungen einfach verbietet. Notwendig ist in erster Linie der polizeiliche Schutz der Versammlungen. Für die Polizei muss der Schutz der Versammlungsfreiheit Leitstern ihres Handelns sein. Versammlungen, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, haben Anspruch auf polizeilichen Schutz gegen Drohungen und Störungen. Jeder, der dieses Recht verletzt, muss als Störer der öffentlichen Ordnung betrachtet und behandelt werden. Ich habe deshalb alle Polizeibehörden mit Anweisungen in diesem Sinne nachdrücklich versehen und habe ausserdem die mit dem Versammlungsschutz betrauten Polizeiorgane darauf verpflichtet, schärfer als bisher vorzugehen und in jedem einzelnen Fall die Aufklärung des Sachverhalts an Ort und Stelle zu sichern. Deshalb ist es notwendig, die Teilnehmer an solchen Vorfällen in ausgiebigem Masse festzunehmen, um die Feststellung der Schuldigen zu erreichen."

Der Minister versichert zum Schluss, dass die bayerische Polizei fest in

der Hand der Regierung sei. Es seien alle Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffen. Die Sicherheit des Staates sei gegen alle Angriffe woher sie auch kommen mögen, nach jeder Richtung hin garantiert. Das möge jene zur Kenntnis dienen, die vielleicht mit dem Gedanken spielten, die Schärfe des Abwehrinstruments der Regierung zu erproben.

SPD. Hugenbergs Kampf wider den Marxismus und die angeblich "unter marxistischem Einfluss stehende Regierung Brüning" wirkt neuerdings selbst auf seine Freunde arrogant und lächerlich. So schreiben die "Leipziger Neuesten Nachrichten", ein Blatt, das bisher mit Hugenberg durch dick und dünn gegangen ist, zu dessen neuester Aktion gegen die Reichsregierung :

"Herr Hugenberg ist in all den Fällen, in denen er dem Reichskanzler ein Bein stellen wollte, selbst gründlich ausgerutscht. Mit seinem stürmischen Vorstoss hat er der Reichsregierung keinerlei Verlegenheiten bereitet. Er hat im Gegenteil Veranlassung gegeben, dass die Reichsregierung falsche Darstellungen Hugenbergs in aller Öffentlichkeit berichtigen konnte. So hat er schliesslich gerade das Gegenteil von dem erreicht, was er beabsichtigt hatte. Eine taktische Meisterleistung ist sein hastiger Sturmflug wahrhaftig nicht gewesen."

Fürwahr ein Parteiführer, von dem man nur wünschen kann, dass er den Deutschnationalen noch recht, recht lange erhalten bleibt!

SPD. Brüssel, 11. März (Eig. Drahtb.)

In der belgischen Kammer kam es am Mittwoch bei der Fortsetzung der Debatte über den Etat des Ministeriums des Äusseren während der Rede des früheren liberalen Kriegsminister Deveze zu äusserst heftigen Szenen.

Deveze griff den sozialistischen Führer Vandervelde an, weil dieser in einer vorhergehenden Sitzung der deutschen Sozialdemokratie in ihrer schwierigen Lage der Sympathie und der Solidarität der belgischen Sozialistenversichert hatte, wie auch ihre Entscheidung bezüglich des Reichswehretats und des Panzerkreuzers ausfallen möge. Vandervelde finde es also vollkommen in der Ordnung, so erklärte Deveze, dass die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag für den Panzerkreuzer und den Wehretat stimme, während er im belgischen Parlament gegen den Militäretat stimme. Vandervelde wolle so im Grunde die einseitige Abrüstung Belgiens, während Deutschland seine Rüstungen vermehren dürfe.

Dieser wesentlich unehrliche Angriff des früheren liberalen Kriegsministers entfesselte in den sozialistischen Reihen einen wahren Sturm der Entrüstung. Rufe fielen wie "Lügner", "Sie verdrehen wesentlich Vanderveldes Worte Sie wissen genau, dass die Sozialisten die gleichzeitige Abrüstung in allen Ländern wollen". Vandervelde ruft: "Die deutschen Sozialdemokraten kämpfen gegen die Diktatur. Wollen Sie, dass die deutschen Sozialisten Hitler in den Sattel verhelfen." Von den sozialistischen Bänken ertönen ironische Hochrufe auf Hitler. Der Tumult dauerte mehrere Minuten. Als Deveze dann seine Rede fortsetzen will, bestehen die sozialistischen Abgeordneten darauf, dass er zunächst seinen Angriff zurücknimmt. Schliesslich vertagte der Präsident die Sitzung.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen versuchte sich Deveze herauszureden. Er habe den Sozialisten nicht den Vorwurf machen wollen, dass sie die einseitige Wehrlosmachung des Landes fordern, sondern nur zeigen wollen, dass Vandervelde in manchen Teilen seiner Rede mehr als Vertreter der Sozialistischen Internationale denn als früherer belgischer Aussenminister gesprochen habe. Daraufhin legte sich die Erregung langsam.

SPD. Das Ehrengericht der Wirtschaftspartei lässt verlautbaren, dass sich alle in letzter Zeit gegen Herrn Drewitz erhobenen öffentlichen Beschuldigungen als unbegründet herausgestellt hätten. Das soll das Ergebnis einer "eingehenden Beweisaufnahme" sein. Mit welcher Mehrheit es zum Beschluss erhoben wurde, wird in der Verlautbarung nicht gesagt. Danach ist anzunehmen, dass die Rehabilitierung von Drewitz keineswegs einstimmig erfolgt ist.

Drewitz wurde insbesondere von dem Abg. Colosser, der inzwischen aus der Wirtschaftspartei ausgetreten ist, beschuldigt, sich durch die Partei zu deren Schaden besondere Vorteile verschafft zu haben. In den nächsten Tagen wird die Sache noch vor Gericht ein Nachspiel haben.

SPD. Paris, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die lang erwartete Veröffentlichung des französisch-italienischen Flottenkompromisses ist am Mittwoch endlich erfolgt. Das Dokument ist aber in so dunklem Kanzleistil gehalten, dass es nur wenigen im Dienst ergrauten Fachleuten gelingen kann, sich aus diesem Text ohne weiteres ein Bild zu machen. Das Abkommen enthält folgende Bestimmungen:

An Grosskampfschiffen dürfen Frankreich und Italien je zwei Panzerkreuzer von je 23 000 Tonnen bauen, müssen dafür aber zwei alte Einheiten abrüsten. Ihre Gesamttonnage für Grosskampfschiffe wird in Abänderung des Abkommens von Washington von 175 000 auf 181 000 Tonnen erhöht. Vier 10 000 Tonnen-Kreuzer dürfen nur noch im Bauprogramm von 1930 ausgeführt werden. An kleinen Kreuzern dürfen nur Ersatzbauten vorgenommen werden, und auch dann nur von alten Einheiten, die über 16 Jahre lang im Dienst sind. An U-Booten wird ebenfalls nur das Bauprogramm von 1930 ausgeführt, und der Ersatz alter Einheiten sichergestellt. Dazu wird bemerkt, dass Frankreich somit eine U-Boottonnage von 82 000 Tonnen erhält, die "nach Ansicht Englands zu hoch ist gegenüber der englischen Zerstörer-tonnage von 150 000 Tonnen". Trotzdem verzichte Englands auf jeden Widerspruch, so heisst es im Vertragstext ausdrücklich, unter Vorbehalt der allgemeinen Revision der Flottenstärke durch die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932. In einem Anhang endlich bestimmt der Vertrag, dass Frankreich und Italien dem Londoner Flottenabkommen beitreten, dass aber der vorliegende Vertrag nur eine Regelung bis 1936 darstelle, ohne das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten endgültig festzulegen.

Das vorliegende Flottenabkommen stellt alles in allem ein nicht unbedeutliches Entgegenkommen Frankreichs und Italiens auf dem Wege der Abrüstung dar. Beide Mächte verzichten bis 1936 auf alle Neubauten mit Ausnahme der beiden Panzerkreuzer von 23 000 Tonnen. Nur Ersatzbauten sind gestattet. Nach dem Vertrag stellt sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten wie folgt dar (erste Zahl Frankreich, zweite Italien): Grosskampfschiffe 7, 4; Panzerkreuzer 5, 4; grosse Kreuzer (10 000 Tonnen) 7, 7; kleine Kreuzer 11, 15; Zerstörer 31, 56; Hochsee-Torpedoboote 64, 36; Küsten-Torpedoboote 0, 38; U-Boote 82 000 Tonnen, 52 700 Tonnen; Flugzeugmutterschiffe 1, 0. Die Ueberlegenheit der französischen Flotte gegenüber der italienischen beziffert sich nach Durchführung des Vertrags noch auf rund 155 000 Tonnen.

SPD. München, 11. März (Eig. Drahtb.)

In München beträgt die Zahl der ausgesperrten Metallarbeiter rund 7000, in Augsburg 5 600, in Nürnberg, dem Hauptsitz der bayerischen Metallindustrie, sind 24 000 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Aussperrung betroffen, in Fürth 2 000.

Die Nürnberger Spielwarenindustrie hat sich an den Aussperrungsmassnahmen nicht beteiligt.

SPD. Warschau, 11. März (Eig. Drahtb.)

In der Mittwochsitzung des Sejm hielt Aussenminister Zaleski bei der dritten Lesung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens eine längere Rede, in der er die Unterzeichnung dieser beiden Abkommen begründete.

Zum Handelsvertrag wies der Aussenminister einleitend daraufhin, dass nur durch internationale Zusammenarbeit die Mittel zur Bekämpfung der furchtbaren Wirtschaftskrise gefunden werden könnten. Polen könne sich daher nicht einer Normalisierung seiner Beziehungen mit Deutschland verschliessen zumal der vorliegende Vertrag seiner Meinung nach das erforderliche Gleichgewicht erfüllt. Das Niederlassungsrecht, gegen das sich vor allem die polnischen Nationalisten wenden, sei notwendig und berge keinerlei Gefahr für Polen in sich. Dagegen erschütterten die letzten wirtschaftspolitischen Massnahmen Schielles zweifellos das Gleichgewicht des Warenaustauschs nicht nur gegenüber Polen sondern gegenüber allen mit Deutschland in Verbindung stehenden Agrarstaaten. Die polnische Regierung verfolge zwar voller Verständnis die deutschen Bemühungen zur Bekämpfung der Agrarkrise, fürchte aber die künstliche und übermässige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Das wichtigste Problem im Kampfe gegen die Agrarkrise sei im Augenblick die Entfernung des landwirtschaftlichen Produktionsüberschusses von den Weltmärkten. Der deutsche Agrarprotektionismus werde sich nicht aufrecht erhalten können, da die internationale Nachkriegswirtschaft sich so sehr entwickelt habe, dass ein Staat nicht auf die Dauer eine allzu einseitige Wirtschaftspolitik treiben könne, ohne seine eigene nationale Wirtschaft zu schädigen.

Das Liquidationsabkommen führt, wie Zaleski ausführte, ebenfalls zur Beruhigung der deutsch-polnischen Beziehungen zumal es Polen von der Führung von etwa 15 000 Prozessen gegen deutsche Minderheitsangehörige befreie, die nur Unruhe und Gereiztheit in die deutsch-polnischen Verhältnisse getragen hätten.

In seinen Schlussbemerkungen unterstrich Zaleski, dass es der Befehl des Augenblicks sei, das Vertrauen in den internationalen Beziehungen wieder herzustellen. Man dürfe sich der Tatsache nicht verschliessen, dass sich die europäische Gesamtlage im letzten Jahr unter dem Zeichen wachsender Wirtschaftsschwierigkeiten und allgemeiner Unruhe entwickelt habe. Der Augenblick erfordere daher eine sehr energische, koordinierte und entschiedene internationale Aktion. Sollte aber, so schloss der Aussenminister, der Handelsvertrag infolge Nichtratifizierung durch den Reichstag dennoch nicht in Kraft treten, so werde dessen Annahme durch den Sejm von der öffentlichen Weltmeinung als Zeugnis des polnischen Willens zur friedlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten, die eine Besserung der Weltwirtschaftslage wünschen, aufgenommen werden und die Schuld für das Entgegenarbeiten dieser Besserungen nicht auf Polen fallen.

Zwei Redner der nationalistischen Rechten wachten sich gegen die Ratifizierung der beiden Verträge, die ihrer Meinung nach Deutschland allzugrosse Vorteile bieten.

SPD. Kassel, 11. März (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch vernahm das Gericht in dem Landfriedensprozess gegen 97 Kasseler Kommunisten zunächst einige Zeugen, die weder der einen noch der anderen Partei angehören, also als vollkommen unparteiisch angesehen werden müssen.

Uebereinstimmend sagten diese Zeugen aus, dass in dem Grebensteiner Versammlungsraum 20 bis 25 Kommunisten gesessen hätten, während die Nationalsozialisten mit etwa 60 Mann angerückt kamen. Nach kurzer Aufforderung an die Kommunisten, entweder Eintrittsgeld zu zahlen oder den Saal zu verlassen, wäre das Kommando ergangen: "SA Saal räumen". Im gleichen Augenblick hätten sich die Nationalsozialisten auf die Kommunisten gestürzt und eine Schlägerei begonnen. Einer der Zeugen bekundete, dass die Nationalsozialisten in grosserem Haufen andauernd auf einen am Fenster sitzenden Kommunisten eingeschlagen

hätten. Ein Kommunist will in Hofgeismar gehört haben, wie sich ein Nationalsozialist gerühmt hätte, in der betreffenden Versammlung draufgeschlagen und mit einem Gesinnungsfreund einen der Kommunisten aus dem Fenster geworfen zu haben. Ein anderer Kommunist gibt die Namen von Personen an, denen gegenüber sich der Führer der nationalsozialistischen Schutzstaffeln damit gebrüstet haben soll, dass er die SA befehligt hätte und mit einem heißen Jahr Gefängnis rechne. Die Vertheidigung der Zeugen wird auf Antrag der Verteidigung der Angeklagten ausgesetzt.

Das Gericht schreitet dann zur Vernehmung der Nationalsozialisten, die alle bestreiten, die Angreifer gewesen zu sein. Auch will niemand gesehen haben dass Kommunisten durchs Fenster geworfen wurden oder geflüchtet sind. Die Verteidigung der Angeklagten hält den Zeugen deshalb den Augenzeugenbericht des Kasseler Nazi-Blatts entgegen, in dem es heisst, dass die SA mit unvergleichlichem Schneid innerhalb fünf Minuten den Saal von den roten Banditen gesäubert habe. Wer nicht den Weg durch die Tür gefunden hätte, sei durchs Fenster befördert worden. Trotz dieser Vorhaltung will niemand der Zeugen von derartigen Vorgängen etwas gemerkt haben. Sehr unterschiedlich sind auch die Angaben der Nazi-Zeugen über die Zahl der im Versammlungsraum anwesenden Kommunisten. Die einen sagen, es seien 30, die anderen 80 Kommunisten gewesen. Ebenfalls unklar sind die Angaben über die angeblich gefallenen Schüsse. Während ein Zeuge sagte, die Schüsse seien von der Bühnenseite her gefallen, gab ein anderer an, es sei vom Eingang her geschossen worden. Der Staatsanwalt erklärt hierzu, dass er bei der Inaugenscheinnahme des Raumes keinerlei Spuren gefunden habe, die auf Schüsse zurückzuführen gewesen seien.

Einer der Nazi-Zeugen ist mit 2 3/4 Jahr Gefängnis vorbestraft.

SPD. Weimar, 11. März (Eig. Drahtb.)

Die Differenzen unter den thüringischen Koalitionsparteien waren bis Mittwoch-Abend noch nicht beigelegt.

Veranlassung zu dem Krach gab ein Artikel in dem Weimarer Nazi-Blatt, der von dem Vorsitzenden der Nazi-Fraktion Sauckel stammt und in dem sowohl der Volkspartei, als auch dem Zentrum und den Sozialdemokraten Charakterlosigkeit vorgeworfen und weiter gesagt wird, dass sie ihre Anhänger schamlos betrogen und verraten hätten. Die Volksparteiler wurden ferner noch besonders als "trottelhafte Kreise", "Leisetreter" und "Schlappschwänze" gekennzeichnet. Tief beleidigt und verärgert forderte die Volkspartei eine Stellungnahme der nationalsozialistischen Landtagsfraktion zu dem Artikel. Eine derartige Stellungnahme ist auch erfolgt. Sie befriedigte die Volkspartei aber nicht.

Am Mittwoch haben die Nazis die Regierungsparteien zu einer neuen interfraktionellen Sitzung eingeladen, an der auch die Minister teilnehmen sollten und in der man zu den Differenzen Stellung nehmen wollte. Die Volkspartei hat den Nationalsozialisten jedoch geantwortet, dass sie keine Veranlassung habe, an der Sitzung teilzunehmen. Sie habe in der letzten Sitzung an die Nationalsozialisten die ganz konkrete Frage gerichtet, ob sie glaubten, mit charakterlosen Parteigängern, "trottelhaften Kreisen", "Leisetretern" und "Schlappschwänzen" in Zukunft noch zusammenarbeiten zu können. Diese konkrete Frage sei von den Nationalsozialisten nicht beantwortet worden.

Das Weimarer Naziblatt schreibt am Mittwoch zu dem Krach: "Die schlechte Nachahmung eines Ausflugs aus dem Parlament imponiert uns nicht. Will die Deutsche Volkspartei den Kampf, dann kann sie ihn haben. Die Volkspartei mag nun tun, was sie nicht lassen kann."

SPD. Bombay, 11. März (Eig.Drahtb.)

Der Vorstoss der englischen Konservativen gegen die Jndienpolitik der Arbeiterregierung hat in ganz Jndien grosses Aufsehen erregt und den Gegnern des Friedensschlusses Wasser auf die Mühlen getrieben. Selbst die gemässigten Jnder sind der Ansicht, dass das Friedensabkommen auf der Grundlage geschlossen worden sei, dass alle englischen Parteien damit einverstanden sind.

Schon ertönt bereits der Ruf "Landesverrat" und selbst Gandhi ist gezwungen, dieser Stimmung entgegenzukommen. In einer öffentlichen Rede erklärte der allindische Führer am Mittwoch, er wundere sich nicht über die englischen Konservativen, und es sei gut, dass sie schon jetzt offen ihre Karten auf den Tisch legten. Das tue aber auch der allindische Kongress. Es gebe nur eins: vollkommene Selbständigkeit und Selbstverwaltung Jndiens.

SPD. Auf den Alkaliwerken in Westmangeln, Bezirk Magdeburg, haben die Nazis zur Betriebsratswahl als Spitzenkandidaten einen gewissen Badehorn aufgestellt. Dieser Badehorn war jahrelang einer der wildesten Kommunisten, der bei jedem KPD-Putsch dabei war und eine dunkle Rolle spielten. Beim Kommunistenaufrüstung 1921 wollte er dieselben Werke, deren Betriebsrat er jetzt auf einer unternehmerfreundlichen Liste werden möchte, in die Luft sprengen. Damals legte ihm die Polizei das Handwerk. Heute ist dieser Ueberradikalinski glücklich bei den Nazis gelandet.

SPD. London, 11. März (Eig.Drahtb.)

-Marineminister Alexander verlas am Mittwoch zu Beginn seiner Etatsrede im Unterhaus unter lebhaftem Beifall der Abgeordneten den Text des englisch-französisch-italienischen Flottenabkommens. Der "Daily Herald" fügt in einem Leitartikel hinzu:

"Wichtiger als die Einzelheiten ist die Tatsache, dass überhaupt ein Abkommen getroffen werden konnte. Es ist ein Kompromiss und wie in jedem Kompromiss: gibt es Einzelheiten, die man nicht liebt. Beklagenswert ist, dass Frankreich am Vorabend der Entwaffnungskonferenz auf einer geschwollenen Flotte von U-Booten besteht, dass Frankreich und Italien noch je zwei Schlachtkreuzer bauen. Leider konnten wir dies nicht verhindern. Aber wir danken Henderson, dass er beide Länder überzeugen konnte, ihre Flottenansprüche in solchen Grenzen zu halten, dass England sein Flottenprogramm nicht zu vergrössern braucht. Das ist ein endgültiges und wertvolles Werk. Die nächsten Schritte sind der Abrüstungskonferenz überlassen. Im nächsten Jahr muss eine grosse Anstrengung gemacht werden, die Kriegsflotten noch mehr zu vermindern und die eng begrenzte Zeit des Abkommens weiter zu verlängern."

SPD. Düsseldorf, 11. März (Eig.Drahtb.)

Die Hauptverhandlung gegen den Massenmörder Peter Kürten ist endgültig auf den 13. April festgesetzt. Zu der Verhandlung sind 300 Zeugen und 30 Sachverständige geladen.

SPD. Linz, 11. März (Eig.Drahtb.)

Die Linzner Christlichsozialen haben das Angebot Starhembergs, bei den oberösterreichischen Landtagswahlen eine gemeinsame antimarxistische Front zu bilden, abgelehnt. Da Starhemberg inzwischen die Aufstellung eigener Kandidaten angekündigt hat, erklärt das hiesige christlichsoziale Organ, dass die Christlichsozialen die Ankündigung Starhembergs als Kriegsfall auffassen und ihre Anhänger aus der Heimwehr zurückziehen würden.

SPD. Aus kommunistischen Kreisen erfahren wir:

"Die KPD-Zentrale hat ihren Bezirksleitungen Anweisungen zu einer grossen Panzerkreuzerkampagne gegen die SPD gegeben. Dieser eingehend ausgearbeitete Plan sieht u.a. vor, dass alle Veranstaltungen, in denen sozialdemokratische Mitglieder und Wähler erscheinen könnten, so Versammlungen der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Arbeiter-Kultur- und Sportorganisationen, "unter Tro melfeuer genommen" werden sollen. Zu diesem Zweck sind fraktionelle Vorbesprechungen befohlen, in denen die Taktik, bestimmte Redner vorzuschicken, und fix und fertige Protestresolutionen einzureichen, festzulegen sind. Vor allem jedoch wird Wert auf das Eindringen in sozialdemokratische Mitglieder- und Funktionärversammlungen gelegt. Unter Verwendung dazu besonders präparierter Mitgliedsbücher und Ausweise sollen KPD-Beauftragte in der Maskierung "sozialdemokratischer Betriebsarbeiter und Erwerbsloser auftreten" und die bekannte Walze der KPD ableiern. Jedoch wird eine vorsichtige Sprache und die Vermeidung des Schimpfwortes "Sozialfaschist" empfohlen. Unter Umständen sollen zur besseren Nichterkennung derartige kommunistische Spitzel in den Bezirken, besonders aber in Grosstädten, ausgetauscht werden. Wo es derartig maskierten Eindringlingen gelingen sollte, sich eine günstige Resonanz zu verschaffen, wird als theatralischer Endeffekt empfohlen, das wiederholt von den Kommunisten angewendete Verfahren steigen zu lassen, "spontan die Mitgliedsbücher zu zerreißen und den Austritt aus der SPD zu erklären". Von den zerrissenen Mitgliedsbüchern darf jedoch kein Teil aus der Hand gegeben werden. Parallel mit dieser Entlarvungs- und Zersetzungskampagne soll eine Steigerung des Auftretens "sozialdemokratischer Arbeiter" auf Parteiparaden der KPD., genannt Volkskongressen gegen den Faschismus, erfolgen."

Soweit unsere Informationen. Und nun bitten wir die KPD mit ihrem neusten Schwindel zu beginnen. Er ist entlarvt, ehe mit ihm begonnen wurde. Seine Wirkung kann deshalb nur die sein, dass die kommunistischen Schwindler in sozialdemokratischen Versammlungen sofort charakterisiert und wenn notwendig an die Luft befördert werden.

Also aufgepasst! Legt den Schwindlern rechtzeitig das Handwerk !

SPD. Paris, 11.März (Eig.Drahtb.)

Die Bankengruppe, die hinter der zusammengebrochenen Compagnie Aero Postale stand, und zwar der Credit Foncier du Bresil, die Caisse Commerciales et Industrielles de Paris und die Bank Bouilloux-Lafont Frères, hat am Mittwoch-Vormittag ihre Schalter geschlossen. Der beschluss der "provisorischen Schliessung" wurde im Laufe einer eiligst einberufenen ausserordentlichen Aufsichtsratssitzung, die in der Nacht zum Mittwoch abgehalten worden war, gefasst.

In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die drei Banken, dass sie noch immer hofften, dass ihnen der Staat zu Hilfe kommen werde. Sie berufen sich hierbei auf gewisse Verträge, unterlassen jedoch wohlweislich hinzuzufügen, dass diese Verträge niemals ratifiziert worden sind.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch den Marineetat an. Die Baurate für den Panzerkreuzer B wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmhaltung der sozialdemokratischen Vertreter angenommen.

Abg. Stücklen (Soz) wies als Berichterstatter darauf hin, dass die Ausgaben der Reichsmarine insgesamt 191 Millionen Mark betragen. Der Bestand der Beamten, Angestellten und Arbeiter sei auf einen Abbau hin zu prüfen, trotzdem bereits 57 Beamte, 91 Angestellte und 374 Arbeiter abgebaut seien. Bei der Marineleitung sei kein Abbau vorgenommen worden. Aus den Reihen der Mannschaften seien bemerkenswerte Klagen nicht geäußert worden. Es scheine, dass eine gewisse Konsolidierung eingetreten sei, auch die Zahl der Unfälle und Selbstmorde sei gering. Der Andrang zur Reichsmarine sei nach wie vor sehr gross. Im letzten Jahre haben sich 30 800 junge Leute beworben, von denen nur rund 1000 eingestellt werden konnten. Die Mehrzahl der Bewerber stamme nicht aus den Seegebieten.

Abg. Hünlich (Soz): In den Hauptfragen ist bei der Marine das gleiche zu bemerken, wie beim Reichsheer. Sie unterliegt den gleichen erfreulichen und unerfreulichen Erscheinungen, die sich aus dem mehr oder minder heftigen Kampf erklären, der unser Volk durchtobt. Das ist deutlich wahrzunehmen, wenn man sie aus der nächsten Nähe beobachten kann. Es lassen sich Fälle beobachten, in denen Offiziere und Soldaten eine korrekte Gesinnung an den Tag legen, und andere, in denen das zum mindesten zweifelhaft ist. Angesichts dieser Entwicklung erwächst den höheren Offizieren zweifellos die nicht leichte Aufgabe, durch geeignete Massnahmen und eigenes Vorbild für die Integrität der Truppe zu sorgen. Jedes Verhalten, auch wenn es formell nicht zu beanstanden ist, das Zweifel erwecken muss, sollte von höheren Vorgesetzten peinlichst vermieden werden. Nach links hin wird nicht nur mit der Brille, sondern mit guten Vergrößerungsgläsern gearbeitet. Die Kieler Prozesse sollen nur noch einmal gestreift sein. Dass sie kein Ruhmesblatt für die Marineleitung und das Reichswehrministerium gewesen sind, wurde schon betont.

Mit dem Ausscheiden der letzten Deckoffiziere sind erhebliche Schwierigkeiten für das fahrende Material entstanden. Es soll versucht werden, diese Schwierigkeiten dadurch zu beheben, dass man Oberfeldwebel veranlasst, länger als zwölf Jahre zu dienen. Wenn das aber richtig wäre, dann sollte man zugeben, dass die Beseitigung der Deckoffiziere ein schwerer organisatorischer Fehler gewesen ist, und aus dieser Erkenntnis den Schluss ziehen, den Deckoffizier wieder einzuführen. Es ist offenbar so, wenn allgemein Arbeitsschwierigkeiten in der Wirtschaft vorhanden sind, dann werden in der Marineverwaltung auch Elemente lebendig, die sich bemühen, gleichen Schritt zu nehmen mit den Methoden der Privatindustrie. War es wirklich notwendig, dass die Marineleitung den Lohntarif kündigt und ernsthafte Verhandlungen einleitet mit dem Ziel, eine Lohnkürzung von 11 Pfennig die Stunde, das sind fast 12 Prozent, vorzunehmen, und im gleichen Atemzuge jedes Entgegenkommen auf eine Arbeitszeitsenkung hartnäckig abzulehnen? Was soll man dazu sagen, wenn die gleiche Marineverwaltung in ihren Depotbetrieben noch nicht einmal die 48-Stunden-Woche zugesteht, sondern mit grosser Zähigkeit die 52- und 50-Stunden-Woche verteidigt.

Der Redner gibt dann namens der sozialdemokratischen Mitglieder im Haushaltsausschuss folgende Erklärung ab :

"Es ist Ihnen bekannt, dass die sozialdemokratische Fraktion den bisher angeforderten Raten für den Bau des Panzerkreuzers A ihre Zustimmung versagt hat und sachlich liegt für sie keinerlei Veranlassung vor, gegenüber dem Panzerschiff B eine andere Stellung einzunehmen. Von allem anderen abgesehen erinnert sie aber an die Erklärung, die der Herr Reichswehrminister bei der Beratung des vorjährigen Haushalts seines Ministeriums am 6. Mai 1930 in diesem Ausschuss abgegeben hat. Der Herr Reichswehrminister stellte damals fest, dass er auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage verzichtet habe, nachdem vom Reichskabinet in einer besonderen Entschliessung festgelegt worden sei,

dass mit dem Etat 1931 ein Schiffsbau-Ersatzplan, der auch den Ersatz der Li-nienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde. Die Haushaltslage des Jahres 1931 ist noch angespannter, als die des Jahres 1930, und es wäre also nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion für die Regierung alle Veranlassung gegeben, auch diesmal auf die Inangriffnahme des Panzerkreuzers B zu verzichten.

Wenn nun von seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang auf die innerpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so ver-schliesst sich auch die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, dass alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Parteien aus der gegenwärtigen Situation ge-wisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben. Sie hat aber gerade des-halb unter allen Umständen das Recht, zu verlangen, dass, wenn überhaupt der Flottenbau nach den Plänen der Regierung vorgenommen wird, zum mindesten die finanzielle Belastung, die durch das Flottenbauprogramm erwächst, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird. Zu die-sem Zweck wird sie bestimmte steuerpolitische Anträge einbringen, und sie er-wartet gleichzeitig ein Entgegenkommen in ihren Forderungen auf sozialpoliti-schem Gebiete. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine endgültige Stel-lungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den angeforderten Schiffsbaurat-ten erfolgen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für den Bau des Panzerschiffes B der Stimme enthalten."

Abg. Dr. Külz (Staatspartei): Die Marine ist integrierender Bestandteil der deutschen Wehrmacht. Wir werden die zu ihrem Unterhalt erforderlichen Mit-tel bewilligen, ohne hiermit politische Kompensationen auf anderen Gebieten in Verbindung zu bringen.

Abg. Ersing (Ztr): Deutschlands Interessen erfordern es, dass alle Möglich-keiten ausgeschöpft werden, die die Abrüstungsvorschriften des Versailler Ver-trages für die Landesverteidigung gelassen haben. So schwierig die Finanzlage des Reiches heute auch sei, so müsse auch um deswillen der Bau des zweiten Schiffes in Angriff genommen werden, weil sonst in Wilhelmshaven und Kiel grö-sere Arbeiterentlassungen bei den Marinebetrieben erfolgen müssten.

Abg. Kuhnt (Soz) betonte gegenüber Ausführungen des Kommunisten Stöcker, dass die Sozialdemokratie dem Bau des Panzerkreuzers B nicht zugestimmt habe, sondern sich zunächst lediglich der Stimme enthalten werde. Der Redner kri-tisierte dann Vorgänge in Wilhelmshaven und Rüstingen, die dortigen Marine-leitungen erwiesen sich als sehr schwach gegenüber den Nationalsozialisten, aber gegenüber den Kommunisten zeigten sie eine desto grössere Schärfe.

Abg. Loibl (Bayer.V.P.): Die Bayerische Volkspartei stimmt dem Marine-etat und damit der Forderung der ersten Rate des Panzerkreuzers "Ersatz Loth-ringen" zu.

Reichswehrminister Dr. Groener wies daraufhin, dass bei der Landesvertei-digung Deutschlands die Ostsee eine besondere strategische Rolle spiele. Die-se strategische Bedeutung der Ostsee sei nach dem Weltkrieg durch die unglück-liche Grenzziehung im Osten noch gestiegen. Das strategische Kernstück stelle die Verteidigung Ostpreussens dar. Er werde bei seinen pflichtmässigen Vorbe-reitungen für die Landesverteidigung alles tun, zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreussens mit den äussersten Mitteln zu gewährleisten. (Lebh. Beifall). Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem Rahmen, den uns der Versailler Vertrag gelassen habe, entschlossen habe, stehe und falle er mit dieser ein-mal in Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Abg. Schöpflin (Soz) wandte sich in einer grundsätzlichen Erklärung gegen die Vorwürfe der Kommunisten, die Sozialdemokratie habe ihren Standpunkt zur Wehrmacht geändert. Er habe schon 1919 in der Nationalversammlung die Schaf-fung einer Wehrmacht vertreten. Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehretat in allen Jahren bewilligt. Dass sie zu Einzelpositio-nen Streichungen verlangt habe, ändere an dieser Grundeinstellung nichts. Auf

Grund ihrer positiven Staatsanschauung habe die Sozialdemokratie die Vaterlandsverteidigung immer bejaht, auch schon in der Kaiserzeit. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher. Und wenn ihm vorgeworfen werde, er hätte Befehle vom Reichswehrminister entgegengenommen, so müsste er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Volk und das deutsche Vaterland handle, dann gehe er zehnmal lieber mit Herrn Groener als nur einmal mit Herrn Stöcker.

Donnerstag Finanzetat und Postetat.

SPD. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben am Mittwoch die Zollvorlage der Regierung und in Verbindung damit die Reichstagsbeschlüsse zum Brotgesetz und über die Gefrierfleischeinfuhr in erster Lesung beraten. Die endgültige Entscheidung der Ausschüsse fällt in einer zweiten Lesung am Freitag Nachmittag. Die Plenarsitzung des Reichsrats, die am Donnerstag die Zollvorlage verabschieden sollte, ist auf Freitag Abend verlegt worden.

SPD. Köslin, 11. März (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht Köslin verwarf am Mittwoch die Berufung des Nazi-Abgeordneten und Wanderredners Münchmeyer gegen ein Urteil des Schöffengerichts. Das Urteil des Schöffengerichts ist damit rechtskräftig geworden. Es verhängte über Herrn Münchmeyer ausser 3 Monaten Gefängnis wegen Verstosses gegen das Republikenschutzgesetz 100 Mark Geldstrafe wegen Aufforderung zum Ungehorsam und 50 Mark wegen unbefugter Titelführung.

Münchmeyer, der zu der Verhandlung ausdrücklich vorgeladen war, hatte es vorgezogen, wiederum nicht zu erscheinen. Er entschuldigte seine Abwesenheit mit einem Prozess in Magdeburg, der aber bereits am Dienstag-Abend beendet worden war. Im Verlauf der Sitzung teilte der Staatsanwalt zur Bekräftigung seines Antrags auf Verwerfung der Berufung mit, dass alle in früheren Terminen von Münchmeyer übersandten ärztlichen Zeugnisse sich hinterher als unrichtig herausgestellt hätten und Münchmeyer sich nicht gescheut habe, das Gericht regelrecht zu betügen.

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Müller-Franken ist vor einigen Tagen wieder an einer schweren Gallenblasenentzündung erkrankt, die seine Ueberführung in eine Klinik notwendig machte. Sein Zustand ist ernst.

SPD. Oslo, 11. März (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend wird die gesamte dänische Papierindustrie stillgelegt. Die in letzter Zeit zur Beilegung des schwebenden Lohnkonflikts geführten Verhandlungen sind von den Unternehmern abgebrochen worden. Von der Aussperrung werden insgesamt 12 500 Arbeiter betroffen.

SPD. Boizenburg, 11. März (Eig. Drahtb.)

In Boizenburg kam es im Anschluss an eine nationalsozialistische Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Kommunisten hatten aus Lüneburg, Bergedorf und anderen umliegenden Städten 200 Mann zusammengezogen. 4 Nationalsozialisten wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Auch bei den Kommunisten sind mehrere Verletzte zu verzeichnen.

SPD. Duisburg, 11. März (Eig. Drahtb.)

Auf welche Weise man in der deutschen Rheinschiffahrt versucht, einen kalten Lohnabbau durchzusetzen, indem man die deutsche Flagge streicht und die Schiffe unter holländischer Flagge fahren lässt, zeigt ein Schreiben der Firma Hansen, Neuerburg & Co. in Duisburg-Ruhrort an das Personal ihrer Fahrzeuge. In dem Brief heisst es :

"Die Fahrzeuge der Firma Hansen, Neuerburg & Co. werden ab 1. April 1931 durch ein Abkommen der Vennootschap "Industrie" Amsterdam zur Beschäftigung übertragen, welcher Gesellschaft auch u.a. die Regelung der Arbeitsbedingungen obliegt. Ab 1. April 1931 übt die Firma Hansen, Neuerburg & Co., Duisburg-Ruhrort, bis auf weiteres nur eine Verwaltungstätigkeit aus, die ihr von der N.V. Industrie in Amsterdam für die Dauer des Abkommens übertragen wird. Die unterzeichneten Arbeitnehmer haben hiervon Kenntnis genommen und erklären sich durch Unterschrift freiwillig damit einverstanden, ab 1. April 1931 für Rechnung der N.V. Industrie zu den Löhnen und Bedingungen des holländischen Lohn- und Arbeitstarifes vom 1. Januar 1929 weiterzuarbeiten und die sich daraus ergebende geänderte Regelung der sozialen Beiträge anzuerkennen. Das Arbeitsverhältnis mit der Firma Hansen, Neuerburg & Co., Duisburg-Ruhrort gilt mit dem 31. März 1931 als beendet."

SPD. Am Freitag nachmittag wird sich der Reichsrat mit dem Beschluss des Reichstags über die Zulassung von 50 000 to Gefrierfleisch befassen. Wahrscheinlich widerspricht der Reichsrat dem Beschluss des Reichstags, sodass die Vorlage an den Reichstag zurückgehen muss und hier nur mit Zweidrittelmehrheit endgültig verabschiedet werden kann.

Die Preussische Staatsregierung hat ihre Reichsratsbevollmächtigten beauftragt, für das Gefrierfleischgesetz zu stimmen. Dagegen werden sich jedoch die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Braunschweig und wahrscheinlich auch Sachsen gegen das Gesetz wenden. Da ein Teil der preussischen Provinzen wie Ostpreussen und Brandenburg mit ihren deutschnationalen Vertretern dem Gesetz ebenfalls ihre Zustimmung versagen wird, ist kaum mit seiner Annahme zu rechnen

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

W. o. s. Aus aller Welt

"Im Dienst des Vaterlands".

Der Prozess der Spandauer Waffenschieber auf unbestimmte Zeit vertagt

SPD. Am Mittwoch morgen begann vor dem Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hellhoff der Waffenschiebungsprozess Hoppe und Genossen. Nach 6stündiger Verhandlung wurde der Prozess auf unbestimmte Zeit vertagt.

"Im Dienst des Vaterlands" - das war das wiederholt von den Angeklagten genannte Motiv der Taten, deren sie beschuldigt waren: Waffendiebstahl, Hehleerei, Amtsunterschlagung usw. Im Dienst des Vaterlandes sind Maschinengewehrschlösser und Maschinengewehr-Ersatzteile aus Heeresbesitz an einen nationalsozialistischen Gastwirt verhandelt worden. Im Dienst des Vaterlands beteiligten sich bei diesen seltsamen Geschäften vier deutsche Staatsbeamte. Schliesslich landete der Teil der Waffen, der nicht der Beschlagnahme verfiel, in der Türkei. Auch das im Dienst des Vaterlands?

Die Verhandlung kam zu keinem Ende: ein Kriminalkommissar, über dessen Vernehmungsmethoden sich verschiedene der Angeklagten beschwerten, konnte seine Zeugenaussage deshalb nicht machen, weil er zurzeit in der Schweiz weilt und so rasch nicht herbeigerufen werden kann; auf seine Aussage will das Gericht nicht verzichten. Aber selbst wenn der Prozess mit einem Urteilspruch abgeschlossen worden wäre, hätten die Dinge, an denen die Öffentlichkeit in erster Linie ein Interesse hat, wohl keine Klärung erfahren. Der Vorsitzende war aussergewöhnlich vorsichtig, bog überall ab, wo Peinliches zu befürchten war und zeigte sichtlich Verlegenheit, als der richterliche Berichterstatter etwas unvorsichtig die Frage nach der Weiterverwendung der Waffen stellte. Der Angeklagte Hochhaus, in Galizien beheimatet, nannte den türkischen Botschafter in Berlin, mit dem er persönlich verhandelt hat. Eines Nachts sind vor der türkischen Botschaft in Berlin mehrere Kisten mit Maschinengewehrbestandteilen abgeliefert worden.

"Wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen" - so geschieht dies gewöhnlich nicht mit Waffen aus deutschem Reichswehrbesitz. Nun, der Waffenmeister Heinrich behauptet, dass er von den Türken im Hintergrund auch gar keine Ahnung gehabt habe. Möglich. Was hat er sich aber gedacht, als er sie dem technischen Polizeisekretär Hermann Wilke auslieferte? Er erklärt: "Ich wollte meinem Kollegen aushelfen. Er sagte, er wolle die Waffen für eine Behörde haben". Für welche Behörde? Danach fragt ein braver Soldat nicht. Und unterrichtet auch nicht seine Vorgesetzten...

Der Laie erfährt bei dieser Gelegenheit durch die um ihre Position nicht zu beneidenden Verteidiger der Angeklagten, dass Tauschgeschäfte mit Waffen in der Armee gang und gäbe sind - warum also nicht auch hier, wo es sich um Maschinengewehrschlösser handelt, die für moderne Reichswehrzwecke nicht mehr brauchbar sein sollen? Man nimmt das willig zur Kenntnis. Weiter soll man aber auch glauben, dass von einem "Tausch" gleichfalls dann die Rede sein kann, wenn der (an Heinrich) für die Waffen abgelieferte Gegenwert nicht in anderen Waffen, sondern in Geld besteht. Heinrich liess sich nämlich die aus Heeresbesitz stammenden Waffen bezahlen, hatte dann allerdings wohl Gewissensbisse und verwandte das Geld, wie er sich ausdrückte, "zum Wohle des Regiments": er liess damit eine Stube anstreichen.

Im übrigen stammten die Waffen, die der Nazi-Gastwirt Hoppe einsammelte und weiterverschob, aus verschiedenen Quellen. Der angeklagte technische Polizeisekretär Friedrich Reimers hatte sie beispielsweise nicht von Heinrich, sondern von den Angeklagten Paetel, Mazanke und Wilke bezogen, die im Zeugamt Spandau tätig waren. Paetel will einige der Maschinengewehrschlösser im Spandauer Stadtwald gefunden haben; er ging im Wald so für sich hin. Reimers macht zudem noch geltend, dass er der Meinung gewesen sei, dass die Waffen gar keinen rechtmässigen Besitzer gehabt hätten, vielleicht aus aufgelösten schwarzen Lügern herrührten - nun habe er sie dem Staat, den er in der Firma Bosch & Co. sah, zuführen wollen. Aber auf jede Aussage kommt ein Widerspruch: die Aussagen der Angeklagten klingen recht verschieden; ausserdem bestehen erhebliche Differenzen zwischen den weitgehenden Geständnissen vor den untersuchenden Kriminalkommissaren und den sehr eingeschränkten Aussagen jetzt vor Gericht.

Die Widersprüche zwischen den Polizeiprotokollen und den neuen Behauptungen der Angeklagten sind es denn schliesslich auch, die die Vertagung mit herbeiführen. Nicht den zahlreichen Kriminalbeamten, die als Zeugen aufmarschieren, machen die Angeklagten Vorwürfe, zu schroff vorgegangen zu sein und falsche Geständnisse erpresst zu haben, sondern ausgerechnet demjenigen Beamten, der zurzeit für längere Zeit auf einer Erholungsreise im Ausland weilt. Obwohl die Angeklagten sehr viel lügen, was ihr gutes Recht, aber gewiss nicht immer sehr geschickt ist, verlangen sie hier, dass man ihre Behauptungen als wahr unterstellt. Sie präzisieren sie so, dass dem Staatsanwalt nichts anderes übrig bleibt, als die Vernehmung des betreffenden belasteten Beamten zu beantragen. Auf diese Weise fliegt vorläufig der Prozess auf... während Herr Hochhaus, der sich wie alle anderen Angeklagten, auf freiem Fuss befindet, vielleicht noch weiter Waffen verschiebt "im Dienst des Vaterlands"....

Ego.

+ + +
Ein Rügendam?

Grosszügige Lösung eines internationalen Verkehrsproblems geplant.

SPD. So wie vor einigen Jahren die Reiseschwierigkeiten nach der Insel Sylt mit einem Schlag durch - wenn man so sagen darf - einen technischen Schlag, den Bau des Hindenburg-Dammes, behoben worden sind, so wird vielleicht in nicht all zu fernher Zeit auch das Projekt einer festen Verbindung zwischen Stralsund und der Insel Rügen auf ähnliche Art und Weise Gestalt annehmen. Heute wird die Verbindung zwischen dem Festland und der Insel Rügen durch Dampferverkehr für Personen und durch Fährschiffverkehr für Eisenbahnen aufrecht erhalten - was weder sehr rasch, noch immer reibungslos vonstatten geht. Wer einmal zum Sommeraufenthalt nach Rügen gefahren ist, um in den dortigen Ostseebädern Erholung von der Arbeit zu finden, wird ein Lied davon zu singen wissen. Auch ausländischen Reisenden ist der mangelhafte Fährbetrieb oft ein Gegenstand heftiger Kritik gewesen, die uns in keiner Weise gleichgültig sein darf. Sachlich bleibt indes festzustellen, dass nicht nur der Verkehr zwischen Stralsund und Rügen, sondern auch der zwischen Rügen (Sassnitz) und Schweden (Trelleborg) ständig zunahm - besonders seit der Eröffnung der Schwedenfähre.

Kostenpunkt: 30 Millionen.

Die aussergewöhnlich günstigen Folgen eines Dammbaues zwischen Rügen und dem Festland sind leicht zu berechnen: die Zeitersparnis würde eine Steigerung des Verkehrs nach Rügen zur Folge haben, desgleichen nach Schweden, zumal heute noch ein wesentlicher Teil schwedischer Güter über die Fähre Gjedser-Warnemünde, also verteuert auf der Weise über Dänemark, ungeleitet wird. Zu diesen handelspolitischen Gesichtspunkten treten wirtschaftliche, die speziell für die Insel Rügen wichtig sind, hinzu: kein Zweifel, dass die auf der Insel Rügen gelegenen sehr schönen Ostseebäder noch eine weit höhere Zahl von Besuchern beherbergen werden, wenn sie leichter zu erreichen sind, als es heute möglich ist.

Das Ganze ist infolgedessen schon gar keine Frage theoretischer Erwägungen mehr, sondern vielmehr ein Problem der wirtschaftlichen Praxis: die Kosten für den zu erbauenden Damm würden sich auf etwa 30 Millionen Mark belaufen.

Der "Verein" ist schon da!

Geplant ist, dass der Damm, der eine Länge von $2\frac{1}{2}$ Kilometer und eine Breite von 18 Metern haben soll, von Stralsund aus die Insel Dänholm berühren, den Strelasund kreuzen und in der Nähe des heutigen Bahnhofs Altefähr die Insel Rügen erreichen soll. Der Damm wäre breit genug für zwei Eisenbahngleise und würde ausserdem noch für andere Fahrzeuge und Personenverkehr neun Meter zur Verfügung stellen. Zusammen sind acht Brückenöffnungen vorgesehen, eine davon für eine Klappbrücke.

Schon hat sich, um die Arbeiten tatkräftig zu betreiben, ein Verein zur Förderung des Rügendamms-Projektes gebildet. In einer Eingabe an den Reichskanzler wird besonders auch auf die wesentlichen Vorteile hingewiesen, die der geplante Damm für den Automobilverkehr bedeutet; man verweist auf den geplanten Ausbau der Autofernstrasse Südwestdeutschland - Ostsee. Weiter heisst es: "... es wird neben den bekannt guten, einfachen und mittleren Badeorten solche geben, die dank ihrer betonten gesellschaftlichen Note auf das schwedische Publikum eine noch grössere Zugkraft ausüben als bisher." Zweifellos ist dieser internationale Gesichtspunkt wesentlich.

Bereits Verhandlungen.

Der Motor ist angekurbelt. Im Reichstag wurde über das Thema debattiert, der Reichsverkehrsminister nimmt eine positive Stellung ein, schon laufen Verhandlungen zwischen Preussen und der Reichsbahndirektion - es scheint, mit günstigem Ergebnis. Wenn nicht alles trügt, wird es nicht mehr lange dauern, dass eine Entscheidung über den Bau in nächster Zeit gefällt wird. Seine Notwendigkeit und Zweckmässigkeit stehen ausser Frage - die einzige Frage bleibt, ob auch das Geld da ist. Zweifellos wäre es an sich sehr schön und nicht zuletzt von Vorteil für Tausende von Arbeitslosen, wenn baldigst durch den ersten Spatenstich das internationale Verkehrsproblem des Rügendamms seine praktische Lösung fände.

Wi.

+ + +

Der zweite Bauer-Prozess. Am Mittwoch vormittag begann vor dem Wiener Schwurgericht der zweite Prozess gegen Gustav Bauer, den mutmasslichen Mörder vom Lainzer Tiergarten. Der erste Prozess gegen Bauer wurde am 14. Oktober vorigen Jahres abgebrochen. Bauer ist angeklagt, seine frühere Freundin Katharina Fellner ermordet, die Leiche beraubt und verbrannt zu haben. Der Abbruch des ersten Prozesses erfolgte aufgrund mehrerer Anträge des Staatsanwalts, das Untersuchungsverfahren durch Beweisaufnahme in Ungarn und Italien zu ergänzen. Diese kriminalistische Arbeit wurde inzwischen geleistet; die neuen Akten umfassen etwa 700 Protokollseiten.

Bauer hat keinen leichten Stand. Niemand hat ihn zurzeit der Mordtat gesehen, und nur ein Zufall führte zur Feststellung der Person der Ermordeten: ein Wiener Zahnarzt erkannte in dem auf Plakaten abgebildeten Gebiss der Ermordeten seine Arbeit. Zuerst wurde Andreas Fellner als der frühere Mann der Ermordeten verhaftet. Er konnte jedoch nach längerem Mühen den Nachweis seiner Unschuld erbringen. Fellner wies die Spur auf Bauer, der ein Jahr nach dem Mord in Berlin verhaftet wurde; er bestritt alles, konnte aber Schritt um Schritt der Lüge überführt werden. Schliesslich musste er zugeben, mit Katharina Fellner am fraglichen 17. Juli zusammengewesen zu sein, behauptete aber, sie mittags um eins verlassen zu haben. Nun brachte die Staatsanwaltschaft vor, dass Bauer nach dem Mord Bruchgold und Pelzsachen aus dem Besitz der Ermordeten durch eine Freundin hatte verkaufen lassen. Bauer leugnete, wurde aber überführt. Schliesslich erregte es grosse Sensation, als ein Chauffeur erschien, der an Hand seines Tourenbuchs vorwies, dass Bauer am 17. Juli in Begleitung einer Frau von ihm zum Lainzer Tiergarten gefahren worden war. Der

Angeklagte leugnete jedoch weiter.

Zu der neuen auf zehn Tage berechneten Verhandlung, zu der 80 Personen als Zeugen geladen wurden, sind wieder Andreas Fellner, der Gatte der Ermordeten, und ihr Bruder erschienen. Gustav Bauer macht einen gefassten Eindruck, sieht aber blass und gesundheitlich angegriffen aus. Wiederum bleibt der Angeklagte bei seiner Behauptung, unschuldig zu sein und von der Ermordung Katharina Fellners erst bei seiner Verhaftung Kenntnis erhalten zu haben. Er habe sich nach der Aufdeckung des Verbrechens und seiner Bekanntgabe bei der Polizei nicht gemeldet, weil er geglaubt habe, dass der Täter bereits festgenommen sei. Ausserdem wäre er um diese Zeit geschäftlich sehr überbündet gewesen.

+ + +
Munitionslager beschlagnahmt. Beamte der Stettiner Landeskriminalpolizei und der Landjägerei beschlagnahmten auf der Burg Spantekow des Pommerschen Rittergutsbesitzers und Amtsvorstehers von Schwerin ein Lager von 10 000 Schuss Maschinengewehrmunition, die in einem unterirdischen Gewölbe kunstgerecht versteckt waren. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

+ + +
Pockenpest in Indien. In Kalkutta brach eine Schwarze Pockenepidemie aus. Etwa 60 Personen fielen ihr im Laufe der letzten Tage zum Opfer.

+ + +
Eine Glanzleistung. Der bekannte deutsche Segelflieger Wolf Hirth führte in New York mit seinem Segelflugzeug eine Aufsehen und Bewunderung erregende sportliche Glanzleistung durch. Er stieg mit seinem Apparat etwa 300 Meter hoch und hielt sich über eine Stunde über den Häusern der 164. Strasse. Hirth versichert, dass er sich noch länger in der Luft hätte halten können,

+ + +
Haus für 650 Familien! Die sozialdemokratische Magistratsfraktion in Amsterdam befürwortet das Projekt der Erbauung eines genossenschaftlichen Grosshauses für 650 Familien. Es soll einen Baublock von 200 mal 168 Metern umfassen, und zwei verschiedene Wohnungstypen enthalten von einem bzw. zwei Wohnzimmern, aber mit je drei Schlafzimmern, einer Küche und einem Baderaum. Alle Wohnungen sollen Zentralheizung und Warmwasserversorgung erhalten. Ferner ist site Telefonzentrale, eine Rundfunkverteilungszentrale, eine elektrische Staubsaugerzentrale und eine allgemeine Müllschluckeinrichtung geplant. Die Läden in dem Block, der siebenstöckig ausgeführt werden soll, werden lediglich Genossenschaftsläden sein. Alle Bestellungen aus den einzelnen Wohnungen sollen halbstündlich durch eine Laufbahnanlage in die Wohnungen Erledigung finden. Durch den genossenschaftlichen Einkauf wird ein Teil des Mietpreises, der durchschnittlich 10,35 Gulden die Woche betragen soll, wieder eingespart. Der ganze Block kostet vier Millionen Gulden, Als Bauzeit sind zwei Jahre berechnet.

+ + +
Fünfzehn Tage im Eis. Bei Domesnäs (lettländische Küste) wurden auf einer ungeheuren Eisscholle 14 estnische Fischer angetrieben, die zwei Wochen lang im offenen Wasser des Rigaischen Meerbusens auf dieser Scholle gehaust hatten. Die Fischer mussten sich während der ganzen Zeit von rohem Seehundfleisch und Seehundsblut nähren. Die Männer hatten sich zu weit aufs vereiste Meer hinausgewagt und bemerkten zu spät, dass sie abgetrieben worden waren.

+ + +
Elli Beinhorns Rückkehr. In den nächsten Tagen wird die deutsche Afrikafliegerin Elli Beinhorn von Bissao (Portugiesisch Guinea) über Timbuktu-Sahara-Italien nach Deutschland zurückfliegen. Die Pilotin hat die Expedition des deutschen Forschers Bernatzik mit ihrem Klemm-Leichtflugzeug erfolgreich unterstützen können.



Wirtschaftsnot und Krankheit.

SPD. Die Not steigt und die Krankenziffern sind gesunken. Schon vor der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten war eine fallende Tendenz des Krankenstandes zu beobachten. Sie ist zu einem guten Teil nur aus der Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle zu erklären. Mit dem Inkrafttreten der Notverordnung ist das Absinken des Krankenstandes naturgemäss verstärkt worden. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsunfähigen - die Zahl der Tageskranken - ergab im vergangenen Jahr gegenüber 1929 einen Rückgang von 203 275, d.h. die Krankenkassen haben also an jedem Tag im vergangenen Jahr rund 200 000 Arbeitsunfähige weniger gehabt als im Jahre 1929. Das bedeutet, da der durchschnittliche Krankensatz unter dem Einfluss der Notverordnung auf ungefähr 2 Mark zurückgegangen ist, eine Ersparnis von 400 000 Mark pro Tag oder eine Minderungsausgabe von 144 Millionen Mark an Krankengeld im ganzen Jahr.

Hinter diesen Ziffern steht alles andere als etwa eine Besserung der Volksgesundheit. Im Gegenteil: Wir haben es hier mit Einsparungen auf Kosten der Gesundheit zu tun. Angesichts des furchtbaren Massenelends infolge der Arbeitslosigkeit wäre ein Anstieg des Krankenstandes das Selbstverständliche. Welche Not unter den Krankenversicherten herrscht, zeigen die Berichte der Ortskrankenkassen. So veröffentlicht dieser Tage die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Bunzlau gradezu erschütternde Ziffern. Am 1. Februar dieses Jahres zählte diese Kasse insgesamt 9 231 Versicherte. Von diesen bezogen allein 3350 = 36,3 % Arbeitslosen = und Krisenunterstützung. 1267 Versicherte = 13,7 % waren ausgesteuerte Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Freiwillig waren 1626 Personen = 17,6 % Mitglieder der Krankenkasse. Es handelt sich hier zum Teil um Versicherte, die keinerlei Unterstützungen bekommen, sondern die nur mit Hilfe von Verwandten usw. ihr Dasein fristen und ihre Mitgliedschaft aufrecht erhalten. An reinen Pflichtmitgliedern verbleiben also der Kasse 2988 = 32,4 %. Genau 1/3 der Kassenmitglieder stand demnach noch in Verdienst und Brot. Aber auch dieses Drittel ist nicht etwa voll beschäftigt. Die Krankenkasse hat festgestellt, dass als Vollarbeiter von den ganzen Pflichtmitgliedern allenfalls 50 % gelten können. Alle übrigen arbeiten verkürzt oder zu herabgesetzten Bezügen.

Wie grausig es in so mancher Arbeiterfamilie aussieht, verraten die Tränen, die in den Betrieben vergossen werden, wenn um Krankenscheine für Brüder oder Schwestern gebeten wird. Der Ausgesteuerte ist nur für seine Person von der Krankenschein- und Arzneigebühr befreit, nicht aber hinsichtlich der Familienhilfe. Im Reichstag ist wohl ein sozialdemokratischer Antrag auf Ausdehnung der Befreiung auch auf die Familienangehörigen des Ausgesteuerten angenommen worden, allein damit ist noch nicht das Gesetz abgeändert. Praktisch ist es jetzt vielfach so, dass die Kassen die Gebührenkosten zunächst stunden und später von den Leistungen wieder in Abzug bringen. Ein jedenfalls wenig erfreulicher Zustand.

Auch die allgemeine Gesundheitsfürsorge ist bereits bedenklich bedroht. Die Invalidenversicherung ist unter dem Druck ihrer finanziellen Schwierigkeiten gezwungen, die Ausgaben für Heilverfahren immer mehr einzuschränken. Im Jahre 1929 und auch noch in dem grössten Teil des vergangenen Jahres war erfreulicherweise eine Steigerung der Zahl der Heilverfahren möglich. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 240 384 Heilverfahrensempfänger in die Heilstätten

eingewiesen. Die Steigerung der Ausgaben ist nicht zuletzt auf die Reichsrichtlinien für Gesundheitsfürsorge vom Jahre 1928 zurückzuführen, wodurch die Versicherungsträger die Vollmacht erhielten, vor allem in der Bekämpfung der Volksseuchen nicht nur Versicherte, sondern auch nichtversicherte Angehörige in Heilfürsorge zu nehmen. Diese segensreiche Arbeit ist auf Anweisung des Reichsversicherungsamtes bereits im letzten Quartal des vergangenen Jahres abgestoppt worden. Sie muss noch mehr eingestellt werden, wenn die Invalidenversicherung gezwungen wird, bei Finanzexperimenten, wie sie im Zusammenhang mit der Sanierungsfrage der Knappschaft vorgeschlagen wurden, einzuspringen, wo von rechtswegen die Allgemeinheit zu helfen hat.

SPD. Am kommenden Sonntag wird der Reichsarbeitsminister auf einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen sprechen. Man rechnet damit, dass der Minister bei dieser Gelegenheit auch auf die Frage der Knappschafts-sanierung eingehen wird.

SPD. Für die bayrische Landwirtschaft wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt. Danach bleibt es, soweit die Landarbeiter in Frage kommen, im Lohn und in der Arbeitszeit bei der alten Regelung. Die Löhne der Dienstboten werden um 10 % gekürzt. Diese neue Entscheidung des Schlichters ist endgültig, da die Parteien sich verpflichtet hatten, einem neuen Schiedsspruch sich zu unterwerfen.

Der alte Schiedsspruch sah sowohl für die Landarbeiter wie für die Dienstboten Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit vor. Infolgedessen war er vom Deutschen Landarbeiterverband abgelehnt worden, während die Arbeitgeber Verbindlichkeit beantragt hatten.

SPD. Die Opel A.G. will, wie in den Besprechungen ihrer Vertreter mit dem hessischen Arbeitsministerium zwecks Anstellung ihrer Ueberstundenwirtschaft mitgeteilt wurde, in Kürze zur dreimaligen 7 $\frac{1}{2}$ -Stundenschicht übergehen. Die Mängel in der Organisation des Bandbetriebes hätten für die nächste Zeit Ueberstunden und Sonntagsarbeit notwendig gemacht. Die Firma lege jedoch grössten Wert darauf, die Arbeitsschutzbestimmungen einzuhalten. Infolge der grossen Aufträge würden jetzt im Durchschnitt 130 Mann pro Tag neu eingestellt

SPD. Für die rheinischen Gemeindebetriebe - 48 Städte und Gemeinden - wurde von der Bezirksschiedsstelle in Köln ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. April eine Senkung der Grundlöhne um 6% vorsieht. Die Neuregelung soll bis zum 31. Juli gelten.

SPD. Für die Holzindustrie des Tarifbezirks Hessen=Nassau und Freistaat Hessen wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach für alle über 22 Jahre alten Facharbeiter eine Lohnkürzung von 6 Pfennigen pro Stunde und eine Kürzung der Akkordsätze um 6 % festgelegt wird. Alle nach dem 1. Januar erfolgten Kürzungen der Stundenlöhne und Akkordsätze werden angerechnet. Die Neuregelung gilt bis zum 14. August. Der Mantelvertrag läuft unverändert weiter bis zum 15. Februar 1932.

SPD. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wendet sich mit einem Aufruf gegen die Quertreibereien der kommunistischen RGO, die ihren sogenannten Land- und Forstarbeiterverband auf die Beine bringen möchte. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, dass gerade der jetzige Augenblick stärkste Geschlossenheit und unbedingtes Zusammenstehen der Arbeiterschaft erfordert. Die kommunistischen gewerkschaftlichen Gegengründungsversuche seien daher eine neue Versündigung an der Arbeiterbewegung und praktisch nichts anderes als eine Entlastungsoffensive zu Gunsten des Unternehmertums.

Der Mitgliedschaft des Deutschen Landarbeiterverbandes wird in dem Aufruf zur unbedingten Pflicht gemacht, sich unter keinen Umständen mit der RGO, bzw. mit kommunistischen sogenannten Land- und Forstarbeiterverband einzulassen. "Wer es dennoch tut", so betont der Aufruf, "hat den sofortigen Ausschluss aus dem Verband zu gewärtigen. Aus dem Verband ausgeschlossen werden, bedeutet nicht nur Verlust der Mitgliedschaft, sondern auch Verlust sämtlicher durch sie erworbenen Rechte".

Die freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter können aus den Erfahrungen der Metallarbeiter etwas lernen. So mancher Metallarbeiter wäre heute froh, wenn er nicht auf den kommunistischen Leim gekrochen wäre und nach seiner Rückkehr zum Deutschen Metallarbeiterverband wieder die Rechte hätte, die er früher hatte, und die er sich nun erst wieder wie jeder neu Eintretende neu erwerben muss. Erfahrungen sind dazu da, dass man aus ihnen lernt.

SPD. Das Arbeitsgericht Berlin hat am Mittwoch in dem Feierschichtenprozess die Klage der Eisenbahner gegen die Reichsbahn abgewiesen. Aus der kurzen Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, geht hervor, dass das Gericht die tatsächlichen besonderen Verhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft verkannt hat. Vor allem ist der Richter nicht auf die Beseitigung der regelmäßigen Arbeitszeit durch die viele Monate hindurch eingelegten Feierschichten eingegangen. Auch hat das Gericht den Charakter des Tarifvertrages als Maximal-Tarifvertrag, der die in ihm behandelten Gegenstände abschliessend regelt, nicht Rechnung getragen. Hätte es dies getan, dann hätte es die Zulässigkeit der Kurzarbeit verneinen müssen; denn die Materie der Arbeitszeit ist abschliessend geregelt.

Nicht verständlich waren in der Begründung die Ausführungen über die Bestimmung des Lohntarifvertrages in § 8, Ziffer 6, worin die für Notfälle vorgesehene Kurzarbeit geregelt wird. Das Gericht sah in ihr nicht eine erschöpfende Aufzählung der tariflich zulässigen Fälle der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine Regelung der Lohnverhältnisse.

Nach der mündlichen Begründung basiert das Urteil auf einer Verkennung des Begriffes "regelmässige Arbeitszeit" und der die Arbeitszeit regelnden Bestimmung des Tarifvertrages.

Die Kläger werden gegen dieses in seiner Begründung höchst anfechtbare Urteil Berufung einlegen.

SPD. Für die Hinterbliebenen des Alsdorfer Unglücks sind, wie der Preussische Handelsminister mitteilt, 1,6 Millionen verfügbar. Davon sind 1 bis $1\frac{1}{4}$ Millionen zur Unterstützung der Hinterbliebenen vorgesehen; über 350 000 Mark sollen zur Errichtung eines Fonds benutzt werden, aus dem man die Hinterbliebenen der bei anderen Unglücken getöteten Bergleute des Aachener Steinkohlenreviers unterstützen will. - Ausgezahlt sind an die Hinterbliebenen des Alsdorfer Unglücks bis jetzt 150 000 Mark; weitere Auszahlungen werden folgen, sobald die erforderlichen Erhebungen abgeschlossen sind.

Baupleiten.

Der alte Baulöwe spukt wieder.

SPD. In der letzten Zeit hat eine Anzahl von grösseren Bauunternehmen seine Zahlungen einstellen müssen. Den Pleitereigen eröffnet bald nach Neujahr die Emil Heinicke A.G. in Berlin. Ihr folgten Anfang Februar die Beton- und Grossbauten A.G., Hamburg, die Westdeutsche Bauunion A.G. in Köln, dann die Magdeburger Bau- und Credit A.G., die Industriebau Held und Francke A.G., die Firma Carl Körner-Berlin, und, Anfang März, die Fritz Klein, Bau- und Siedlungs A.G. in Berlin.

Eine derartige Häufung von Zahlungseinstellungen nicht unbedeutender Unternehmungen einer einzigen Branche gibt zu der Vermutung Anlass, es handle sich dabei um Vorgänge, die für die Lage der ganzen Industrie bezeichnend sind. Demgegenüber kann nicht genug betont werden, dass die genannten Zusammenbrüche ganz besondere Ursachen haben. Bei dem Industriebau, Emil Heinicke und Westdeutsche Bauunion stellte sich die im vorigen Jahr erfolgte Sanierung als unzureichend heraus; die Zahlungseinstellung der Magdeburger Bau- und Credit A.G. ist wiederum eine Folge der ungenügenden Sanierung der Emil Heinicke A.G. Wäre die Interessenahme an Heinicke, die allem Anschein nach nicht ganz ohne Druck von der Seite der Grossbank vor sich ging, unterblieben, so wäre diese ausserordentlich gut dastehende Gesellschaft zweifellos vor Schaden bewahrt geblieben. Die Beton- und Grossbauten A.G. ist eine junge Gründung des Lignose-Konzerns, die man mangels genügender Rentabilitätsaussichten wohl ohne grosse Schmerzen eingehen liess. Bei Fritz Klein und C. Koerner liegen wiederum gemeinsame Ursachen vor. Beide Unternehmungen haben sich in grösserer Masse mit dem Bau von Wohnungen auf eigene Rechnung beschäftigt und sind dadurch in Schwierigkeiten gekommen. Auch hier wurde der Zusammenbruch also durch Umstände verursacht, die mit dem Risiko des eigentlichen Baugeschäfts nichts zu tun haben. Man kann sogar noch weiter gehen: der Zusammenbruch wäre auch hier noch vermeidbar gewesen, wenn man sich vorsichtigerer Finanzierungsmethoden befleißigt hätte. Davon konnte aber bei beiden Unternehmungen nicht die Rede sein; man begann mit dem Bau, ohne die Finanzierung endgültig gesichert zu haben und wurde damit ein Opfer jenes von den Baulöwen der Vorkriegszeit übernommenen Geschäfts, dem im vergangenen Jahr schon Industriebau-Held und Francke zum Opfer gefallen war. Der Fehler in der Kalkulation war, dass alle diese Unternehmungen mit einer Beteiligung der späteren Wohnungsbezieher an der Finanzierung rechneten. Dieses Verfahren hatte sich seit der Stabilisierung mit mehr oder minder offener Duldung der für die Vergebung von Hauszinssteuermitteln verantwortlichen Stellen eingebürgert und den Unternehmern solange Erfolge gebracht, als zahlungsfähige Wohnungsinteressenten vorhanden waren. Das Schwinden der Kaufkraft und das Nachlassen der Dringlichkeit bei der Wohnungsnachfrage brachten es aber mit sich, dass die Forderungen auf Zuschussleistung immer weniger erhoben werden konnten. Wer sich auf diese Geldquelle verliess, musste also in Schwierigkeiten kommen, sobald sich herausstellte, dass nachstelliges Hypothekenskapital aus dem freien Markt nicht zu beschaffen war und die Zwischenkredite gekündigt wurden. Bei sogenannten Luxusbauten, wie sie von C. Koerner im vornehmsten Berliner Westen errichtet wurden, mussten diese Schwierigkeiten selbstverständlich noch früher auftreten als bei Hauszinssteuerbauten.

Im Grunde genommen handelt es sich bei den jüngsten beiden grossen Fällen, C.Koerner und Fritz Klein, also nicht um den Zusammenbruch von bauausführenden Firmen, sondern von Wohnungsunternehmen, die ihre Bauarbeiten in eigener Regie erledigten. Sie zeigen zugleich, dass jenes unselige Baulöwentum der Vorkriegszeit heute trotz aller Wohnungsnot keine Arbeitsmöglichkeiten mehr findet.

D.F.

SPD. Die starken Preiserhöhungen an den Getreidebörsen während der letzten Zeit sind eine Warnung, dass die Regierung etwas für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide tun muss. Nach der Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats befinden sich nur noch 17% der Winterweizen-ernte in den Händen der Landwirtschaft, für den Konsum sind also nur noch 700 000 Tonnen Weizen vorhanden.

Der Bedarf an Weizen, der monatlich ungefähr 350 000 Tonnen Weizen beträgt, kann aus eigener Ernte also nur noch zwei Monate lang gedeckt werden. Durch die völlig ungenügende Herabsetzung des Vermahlungszwanges und den enorm hohen Weizenzoll ist die Einfuhr an Auslandsweizen aber künstlich herabgedrückt worden. Im Januar betrug die Einfuhr nur 55 000 Tonnen gegen 278 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Da wir aber noch sechs Monate bis zur neuen Ernte warten müssen, muss die Einfuhr an Weizen unbedingt gesteigert werden. Dies ist aber nur möglich, wenn der Vermahlungszwang noch weiter ermässigt wird. Ausserdem muss der Zoll beträchtlich gesenkt werden, da sonst eine Verteuerung des Weizenbrot und -Gebäcks eintritt, die für die Verbraucher völlig untragbar ist. Auch die Landwirtschaft hat gar keinen Vorteil von einem überhöhten Weizenpreis, da sie nur noch im Besitz ganz geringer Vorräte ist.

Die Absicht der Regierung, die sich bisher stets gegen eine Senkung des Weizenzolls gewehrt hat, durch eine Weizenverknappung den Roggenkonsum zu erhöhen, wird durch die Veröffentlichung der Vorratsstatistik als volkswirtschaftlichen Unfug gekennzeichnet. Der monatliche Roggenbedarf beträgt 670 000 Tonnen; in den Händen der Landwirtschaft befinden sich aber nur noch 1 360 000 Tonnen, sodass auch die Roggenvorräte nur noch zwei Monate für die Bedarfsdeckung ausreichen. Zwar wird die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft noch über nicht unbedeutende Vorräte aus der Stützungsaktion verfügen, aber immerhin ist für den Frühsommer auch mit einer Verknappung des Roggens zu rechnen. Ein Ersatz des fehlenden Weizens durch Roggen ist daher völlig ausgeschlossen, sodass der Regierung nichts anderes übrig bleiben wird, als schleunigst den Weizenzoll zu ermässigen, um eine stärkere Einfuhr von Weizen zu ermöglichen und auf diese Weise die Ernährung der Bevölkerung mit Brotgetreide zu sichern.

SPD. Die Erhebung des Deutschen Landwirtschaftsrats über die Erntevorratsmengen zeigt eine innerhalb Monatsfrist eingetretene starke Abnahme. Mitte Januar befanden sich in der Hand der Landwirtschaft an Winterweizen, der für die Versorgung ausschlaggebend ist, 26,2% der Ernte. Der Prozentanteil hat sich bis Mitte Februar auf 16,8% vermindert. Bei Sommerweizen, der für die Versorgung nichts zu besagen hat, ging der Anteil von 47,1% auf 37,3% zurück. Beim Winterroggen sind die Vorräte von 22,9% auf 17% gefallen. Im vorigen Jahr standen Mitte Februar noch 25,1% an Winterweizen, 41,1% an Sommerweizen und 22,1% an Winterroggen zur Verfügung.

Mairoggen 200 Mark.

(Berliner Getreidebörse vom 11. März.)

SPD. Nach der leichten Abschwächung des Vortages herrschte an der Berliner Produktenbörse am Mittwoch wieder ausgesprochene Haussestimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte stiegen die Kurse für Weizen um 2 bis 3, für Roggen um 4 bis 5 Mark, wobei es besonders in Roggen zu ziemlich lebhaften Umsätzen kam. In effektivem Brotgetreide war das Angebot so knapp, dass der Bedarf der Provinzmühlen an Roggen nicht immer gedeckt werden konnte. Auch Weizen stand nur in geringen Mengen zur Verfügung. Da zudem bei dem anhaltenden Frostwetter Befürchtungen wegen der Anfuhr bestehen, zogen auch hier die Preise für Weizen um 2 bis 3 Mark, für Roggen um 3 - 4 Mark an. Am Mehlmarkt hatten die Mühlen ihre Forderungen für Weizenmehl um 25 Pfennig, für Roggenmehl um 50 Pfennig je Sack erhöht. Es herrschte zwar gute Kauflust, jedoch waren die Käufer nur schwer zu bewegen, die verlangten höheren Preise zu bewilligen. Auch am Hafermarkt war die Stimmung sehr fest, namentlich im Zeithandel waren hier Preiserhöhungen von etwa 5 Mark festzustellen, während für prompten Hafer 2 bis 3 Mark mehr gefordert und bewilligt wurden.

	<u>10. März</u>	<u>11. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	291 - 293	292 - 294
Roggen	176 - 178	180 - 182
Braugerste	216 - 224	218 - 226
Futter- und Industriergerste	197 - 213	200 - 216
Hafer	152 - 159	155 - 162
Weizenmehl	34,50-40,75	34,75-41,00
Roggenmehl	25,75-29,00	26,00-29,75
Weizenkleie	12,50-13,00	12,75-13,25
Roggenkleie	11,40-11,75	11,50-12,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 306 und Brief (Vortag 304), Mai 310 - 309½ (307), Juli 310 - 309½ (307). Roggen März 197½ - 199-198½ (194), Mai 201 - 203 - 202 (197½). Juli 201 (197½). Hafer März 170 (165½), Mai 177 - 177¼-177 (172½), Juli 184½ bis 184 (180½).

SPD. Im Zusammenhang mit dem Zollwaffenstillstand in Indien werden amtliche Ziffern über die Auswirkung des indischen Boykotts, der vor allem die englische Baumwollweberei in Lancashire trifft, gegeben. Danach betrug der Wert der Ausfuhr von England nach Indien im Jahre 1925/26 = 92 Millionen Pfund. Schon 1928/29, als sich der indische Boykott noch nicht voll ausgewirkt hatte, sank die Ausfuhr auf 77,5 Millionen Pfund und verringerte sich im Jahre 1930 bei voller Auswirkung des Boykotts um 30%.

SPD. In der Kunstseidenindustrie schweben Verhandlungen, die auf die Errichtung eines neuen Kartells hinzielen. Führend sind die Vereinigten Glanzstofffabriken in Elberfeld. Man rechnet damit, dass auch die I.G. Farbenindustrie dem neuen Kartell beitreten wird.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 11. März 1931.

"Träume, die in Erfüllung gingen."X

SPD. Als Peter die Stufen zum Untergrundbahnhof Hauptstrasse hinab eilte, fiel ihm sein Traum wieder ein. Ein wenig verschwommen, aber in den Bildern doch deutlich erkennbar, sah er sich im zweiten Wagen eines Hochbahnzuges sitzen, hörte die Gespräche der Fremden, erschrak, als der Wagen plötzlich in ein seltsames Schleudern, das nicht zum Rhythmus der Fahrt gehörte, geraten war, fühlte einen entsetzlichen Stoss, der ihn von seinem Platze warf, wusste, dass Glas splitterte, Menschen über ihn trampelten und gellende Hilfeschreie ertönten. Dann kam ein roter Strom vor seinen Blick, und als er verebbte, hielt er ein Zeitungsblatt in Händen. Dort stand sein Name unter einer Rubrik, die mit "Liste der Toten" betitelt war. Dann klopfte es, und seine Wirtin brachte den Kaffee und ermahnte ihn zugleich zu schnellem Aufstehen, damit er sich auf seinem Wege in die Bank nicht verspäte. Mit dem ersten Tropfen kalten Wassers war der Traumspuk verschwunden. Jetzt erst fiel er Peter wieder ein, und obgleich der Zug mit seinen roten und gelben Wagen schon eingelaufen war, hemmte er seinen Schritt. "Ich kann den Autobus Nr. 5 nehmen, hab' aber einen Umweg und muss an der Friedrichstrasse umsteigen," dachte er - und hatte schon die Sperre passiert. Der Zug wartete noch immer. Allerdings lief jetzt schon ein ratterndes Stossen durch die Halle, und der Fahrdienstleiter trat mit dem Signalstab an die Wagenreihe.

Peter schlenderte nach dem Zeitungskiosk, wählte ein illustriertes Blatt und fühlte sich plötzlich mit sanftem Ruck in eine der offenen Türen geschoben. Draussen senkte sich der Stab des Beamten. Der Zug fuhr. Peter liess sich in einen der Eckplätze fallen. Einige Sekunden sass er wie gelähmt. Dann huschte ein kleines Lächeln um seine Lippen. "Es wird Zeit, dass du Urlaub nimmst, mein Lieber, und die Bummeleien bis drei Uhr früh haben auch gefälligst aufzuhören." Er entfaltete die Zeitung, nun fest entschlossen, den törichten Traum zu vergessen. Zuweilen hielt der Zug für kurze Sekunden. Leute stiegen ein; der Wagen füllte sich, und das gab ein angenehmes Gefühl von Leben, Klarheit und Tätigkeit. Man brauste zwar in unterirdischen Schächten dahin, aber das Licht brannte stetig und ruhig. Gespräche flackerten leicht, Bilder lockten; es war kein Grund, unruhig zu sein. Am Nollendorfplatz ward der Wagen voller. Einige mussten stehen. "Wir hätten in den vorderen Wagen gehen sollen; er war leerer", sagte jemand. "Aber hier ist der "Raucher", kam die Antwort. Peter blickte auf. Jetzt erst merkte er, dass er im zweiten Wagen sass. Der Zug verlangsamte seine Fahrt. Es ging aufwärts. Schon schimmerte Tageslicht vom Ausgang des Tunnels. Die Lampen erloschen.

Peter starrte in die Zeitung. Er wollte sich zwingen, die nächtlichen Bilder zu vergessen. "Träume, die in Erfüllung gingen". Er las nur diese Ueberschrift, blätterte hastig um und begann an irgendeiner Stelle in einem Aufsatz, dessen Titel er nicht wusste, und dessen Zusammenhänge er nicht begriff, zu lesen. "...so ist denn in diesen Völkern der Glaube tief eingewurzelt, dass sie nach dem Tode die Seele einen neuen Leib sucht, den Leib eines Neugeborenen, in dem sie sich wieder auf die Erdenpilgerfahrt...". Ein gewaltiger Stoss erschütterte den Wagen. "Hoppla!" sagte ein beleibter Herr, der gegen Peters Knie getaumelt war, und klopfte Flocken von Zigarrenasche vom Ärmel. Peter hatte die Zeitung fallen lassen. Er starrte durch die grosse, spiegelnde Scheibe.

Tief unten leuchteten die Schienenadern der Stadtbahn- und Ferngleise. Sie fuhren so hoch, dass man bei manchen Häusern gerade auf die Dächer blicken konnte. Aus einigen Schornsteinen quoll der Rauch in riesigen, fetten Raupen. "Hier war es!" durchzuckte es Peter. Er erkannte genau Gleise, Hauswände, Strassen wieder, wie sie ihm im Traum erschienen waren. Selbst die Fetzen der Gespräche schienen die gleichen zu sein. Er wollte auftaumeln, die Notbremse reissen, aber ein neuerlicher Stoss schleuderte ihn zurück. "Das war aber 'ne harte Weiche", witzelte der Dicke. "Warten Sie doch, bis wir halten, junger Mann!" Die Bremsen zogen an. Ein Hallendach tauchte auf. "Gleisdreieck", las Peter irgendwo.

Der Zug stand. Peter drängte sich nach dem Ausgang. Schweiss stand auf seiner Stirn. Seine Füsse schwankten, als er die Treppen abwärts taumelte. An einem träge fliessenden Wasser fand er eine Bank. Er setzte sich. Droben donnerten die Hochbahnzüge, aber hier war es still. Nach einigen Minuten erhob sich Peter und ging langsam am Ufer des Kanals entlang. "In den Dienst kann ich heute nicht; ich muss telefonieren". An einer Strassenecke stand der Bücherkarren eines fliegenden Händlers. Grosse Inschriften verkündeten die niedrigen Preise. Bunt leuchteten die Rücken der Bücher; grell lockten die Titelseiten uralter Magazine und Journale. Peter trat heran. Gedankenlos liess er Bücher und Hefte durch seine Hände gleiten. Der Händler begann ein Gespräch. Es tat Peter wohl, eine Stimme zu hören. Er antwortete, stellte Fragen, kaufte schliesslich eine Schwarte, die er gerade vor sich sah, und begann, während der Mann den Geldschein wechselte, in dem alten, ein wenig zerzausten und zerlesenen Bande zu blättern. Ein Zeitungsblatt rutschte aus den Seiten hervor. Er nahm es, entfaltete es und taumelte gegen den Wagen. In mächtigen Lettern sprangen die Schlagzeilen aus dem Papier: "Furchtbare Hochbahnkatastrophe am 'Gleisdreieck'. Ein Zug abgestürzt! Viele Tote! Unzählige Verletzte!"

"9,50 Mark zurück", sagte der Händler. Peter hörte es nicht. Er starrte auf die Liste der Toten. Dort stand sein Name: "Peter Voss, Bankangestellter". Der Händler blickte ihm über die Schulter. "Darauf können Sie sich wohl nicht mehr besinnen? Das ist schon über zwanzig Jahre her. Damals waren Sie wohl noch gar nicht geboren, was?" Der hagere Zeigefinger des Mannes tippte auf den Kopf des Blattes. Peter las das Datum, das Jahr: 1908. Jeltsam, "murmelte er, "mein Geburtstag". Mechanisch nahm er das Wechselgeld und ging. Nach ein paar Schritten war der Händler neben ihm. "Sie haben ja Ihr Buch vergessen, Herr." Peter blickte auf den Umschlag. In zitronengelbem Wüstensande lagerte eine grasgrüne Sphinx. "Das grosse ägyptische Traumbuch" quoll es in roten Lettern aus himmelblauem Horizont. Peter lächelte. "Ich brauche es nicht mehr". Den verwundert blickenden Händler stehen lassend, schritt er über den Fahrdamm nach der Fernsprechzelle.

Roland Marwitz.

Ausklang einer Russlandfahrt.^x

SPD. Odessa ist die letzte grössere Stadt, in der wir auf unser russisches Durchreisevisum Halt machen dürfen. Hier nehmen wir Abschied vom Schwarzen Meere, vom Süden und seinen interessanten Menschen. Und gerade die letzte Nacht in Odessau wird mir immer unvergesslich bleiben:

Da es sonst in der ganzen Stadt nichts gab, hatten wir für teures Geld im grössten Hotel am Boulevard zusammen mit rundreisenden Amerikanern und ausländischen Kapitalisten - auch einige G.P.U.-Leute und Offiziere der Roten Armee - waren dabei - zu Nacht speisen müssen. In diesem Hotel war wirklich alles noch wie früher: die Kellner servierten lautlos und devot aus silbernen Geschirren; eine Musikkapelle spielte, und der Genosse Hoteldirektor offerierte uns garantiert echten Kaviar, den wir leicht nach Deutschland schmuggeln könnten. Einfach alles war hier zu haben: Fleisch, Fisch, Weissbrot; man frage nur nicht

zu welchen Preisen. Nun, die Geschäftsreisenden kalkulieren diese Spesen wohl mit in ihre Rechnung, die der russische Staat zu zahlen hat, und wer unaufgefordert das heutige Russland sehen will, der soll als Eintritt zu diesen Sehenswürdigkeiten ein Bündel seiner begehrten Valuten hier lassen.

Aber das hier drinnen ist gar nicht Russland, sondern der armselig erhaltene Abklatsch eines kapitalistischen Abfütterungsplatzes. Die russische Seele, die Lebenslust der Odessaer Jugend liegt draussen in den Strassen, am Hafen, auf der Strandpromenade. Matrosen und kleine Fabrikmädel kosten die laue Sommer nacht aus; Gruppen junger Burschen krakeelen und schreien schamlose Worte hinter den Frauen her. Das sind die Erscheinungen, gegen die sich der strenge kommunistische Jugendverband richtet. Aber es sind ja nur Wenige in der Uniform der Komsomolzen, die mit dicken Mappen schnell vorüber eilen. Die Anderen wollen Freude, Lebenslust auch unter der roten Fahne. Und wenn der Staat und der Jugendverband alle freien Belustigungen und den Tanz unterdrückt, dann bleibt nur noch die Strasse offen. Wir waren nach der Potemkintreppe gegangen, um von hier aus zum letzten Male das dunkle, brausende Meer, die wie Silhouetten gegen den Horizont abstechenden Fischerboote und den feurigen südlichen Himmel zu sehen. Während wir sitzen und träumen, klingt plötzlich neben uns eine Balaika. Erst leise und schüchtern, dann mit der ganzen Kraft und Sehnsucht der russischen Volksseele aufbrausend. Es sind einige junge Burschen, anscheinend Arbeiter, in billigen Hosen und bunten Hemden. Jetzt stimmen sie alle in den Gesang ein, und immer mehr der Vorübergehenden bleiben stehen. Da springt einer heraus und fängt an zu tanzen, wild und ungezügelt. Aus kleinen, behenden Steppschritten schnellt er mit der Musik in einen springenden Krakowiak, und ringsherum stehen die Spaziergänger und klatschen, johlen und pfeifen, den Tänzer immer mehr anfeuernd. Gerade will er sich ein Mädel aus der Reihe der Umstehenden dazu holen, da naht ein Milizmann im weissen Kittel und jagt sie alle mit grossem Krach auseinander. - -

Für die Heimfahrt hatte uns der deutsche Konsul im Voraus Eisenbahnfahrkarten besorgt; sonst wäre es uns ebenso gegangen wie den vielen Wartenden in der Bahnhofshalle, die mit Gepäck, Kind und Kegel harren müssen, oft tagelang, bis man ihnen einen Fahrschein aushändigt. Dabei sind die Wagen noch in unbeschreiblicher Weise überfüllt. Für uns Fremde wurde allerdings, wie überall, wieder ein Sonderwagen reserviert. Aber bei einem Gange durch die übrigen Abteile habe ich gesehen, wie die Leute auf den Liegebänken über- und aufeinander sassen, auf dem Boden kauerten und nur froh waren, überhaupt mitzukommen. Sonst sind die russischen Wagen sehr bequem, wenn man seinen Platz für sich allein hat; denn der besteht aus einer ganzen Bank, auf die man sich Nachts bequem ausstrecken kann.

So rollen wir langsam nach Nordwesten, der Grenzstation Schepetowka zu. Doch das Tempo hat sich dermassen verlangsamt, dass wir an einer Anschlussstation den nächsten Zug verpassen und nun neun Stunden lang auf den nächsten warten müssen. Neun Stunden an einem Platz mit ein paar verwahrlosten Bauernhäusern und einem Stationsgebäude, in dem es ausser warmem Wasser für Tee nichts zu kaufen gibt. Dazu regnet es noch, und es wird empfindlich kalt. Es war ein abscheulicher Abschluss. In der Nacht kommen wir endlich an der polnischen Grenze an. Die Kontrolle geht reibungsloser vor sich, als wir erwartet hatten. In einem neuen Grenzgebäude der Sowjetunion werden wir sogar noch einmal bewirtet; das heisst, wir können uns etwas zu essen kaufen, was aber schon ein grosser Fortschritt ist, denn unterwegs hat es absolut nichts gegeben. In der Halle treffen wir mit einigen deutschen Arbeitern zusammen, die die gleiche Erfahrung gemacht haben. Wie sie sagen, sind sie heilfroh, wieder nach Deutschland zu kommen. Sie waren von ihrer Firma zur Montage neuer Maschinen nach Russland geschickt worden und mussten nach ihrer Aussage stets viel länger arbeiten als die russischen Arbeiter, oft 10 oder 12 Stunden. Vertragsgemäss gab man ihnen genügend Lebensmittel, aber niemand konnte sie anrichten. Schlafen mussten sie in ungeheizten, alten Baracken. Im ganzen fasste einer sein Urteil

zusammen: "Lieber arbeitslos in Deutschland, als in diesem Lande schuften zu müssen." Mag sein, dass die Ungunst der neu erschlossenen Gegend mitspielte, aber bei solchen Methoden lassen sich natürlich leicht nach aussen propagandistisch wirkende Erfolge erzielen, denn die Hintergründe kennt nur der Eingeweihte.

Dann gibt es am Kontrolltisch nochmals eine Aufregung, als bei einer nach Paris reisenden Perserin gestohlene Sachen gefunden werden, von denen sie nicht wissen will. Sie behauptet, dass das Zeug ihr sicher von einigen Männern unterwegs zugesteckt worden sei, denen sie nicht zu Willen gewesen sei. Die sonst sehr freundlichen Sowjetbeamten nehmen sie jedenfalls zur Kontrolle mit ins Wachbüro. Dann fahren wir über die Grenze in polnisches Gebiet. Soldaten, mit Orden und Schnüren geschmückte Offiziere. Hier stehen wieder zwei dabei, die zuschauen, wie die Anderen arbeiten. Die Rangstufen sind äusserlich erkennbar, ja, hervorgehoben. Im ganzen geht es schneller, reibungsloser. Es ist eine andere Welt.

Durch gleichbleibend öde Bauernlandschaft mit strohgedeckten Hütten kommen wir über Kowlo in der nächsten Nacht in Warschau an. Am Bahnhofs wimmelt es von Militär mit aufgepflanztem Bajonett. Als wir die ersten deutschen Zeitungen lesen, erfahren wir, dass in dieser Nacht zahlreiche sozialistische Führer verhaftet wurden.

Diktatur im Osten: Türkei, Russland, Polen. Nach unsrer Fahrt durch diese Länder glimmt in uns die Sorge: wird sich der Westen, wird sich die Demokratie gegen diese sicher nicht zu unterschätzenden Kräfte behaupten können? Und wir hoffen und glauben gerade nach dieser Reise: Ja - - weil überall das Selbstständigkeitsgefühl erwacht und der Wille der Mehrheit des Volkes zu erstarken beginnt.

Carly Rambler.

Die Pariser Kommune.^x

SPD. Keine abgekartete Sache lag vor, als sich am 18. März 1871 das Volk von Paris erhob, um die Kommune zu errichten, sondern eine jäh und impulsive Selbstwehr des kleinen Mannes gegen den reaktionären Ansturm der Bourgeoisie, welche die Lasten des verlorenen Krieges auf das Haupt der breiten Massen legen wollte. Wir, die wir die menschliche Zerrüttung und soziale Zersetzung, die Not und das Elend nach dem Weltkrieg verfolgen konnten und heute noch können, begreifen den Aufbruch, der die werktätige Bevölkerung von Paris erfasste, als der reaktionäre Präsident Thiers, gestützt auf die reaktionäre französische Nationalversammlung, an die Nationalgarden das Ansinnen auf Entwaffnung stellte, um so das Volk von Paris zu willenlosen Sklaven der reaktionären französischen Kammer machen zu können. Angesichts der Gärung im Herbst und Winter 1918 in Deutschland, wo die heimkehrenden Truppen von einer sozialdemokratischen Regierung begrüsst wurden, wird die revolutionäre Unruhe des Volkes von Paris begreiflich, das sich einer politisch und sozial rückschrittlich gerichteten Regierung und ebensolchen Volkvertretungen ausgeliefert sah, sodass wir in Frankreich das gegensätzliche Bild vor uns haben, wie es sich nach 1918 in Deutschland zeichnete.

Die Internationale hat die Kommune nicht gemacht, noch war sie mit ihr identisch; wohl aber haben die Mitglieder der Internationale sich das Programm angeeignet, um es über sich selbst hinauszutreiben, und sie waren die eifrigsten und treuesten Verteidiger der Kommune, weil sie deren Bedeutung für die Arbeiterklasse erkannt hatten. Im Komitee der Kommune waren die Sozialisten alles andere als ausschlaggebend. Unter den 35 Mitgliedern dieses Komitees waren ursprünglich nur zwei Vertreter der Internationale, die der Föderalrat der Internationale bestimmt hatte, und erst später wurde der sozialisti-

sche Einfluss stärker. Die Gewählten des endgiltigen Zentralkomitees der Kommune waren Kleinbürger, Krämer, Angestellte, die ausserhalb der Politik standen, sodass die wenigen Mitglieder der Internationale im Komitee es schwer hatten, das Zentralkomitee von der ursprünglich beabsichtigten grossen Torheit zurückzuhalten, sich dem Einmarsch der Preussen in Paris mit Waffengewalt zu widersetzen. Während der Wunsch der bürgerlichen Richtung in der Kommune dahin ging, vor allem an die Stelle der zentralistischen Präfektendiktatur in Frankreich die Selbstverwaltung der Gemeinde zu setzen, war es das Bemühen der zur Internationale gehörigen Mitglieder des Kommunekomitees, aus der gegen ihren Willen entstandenen Entwicklung an politischen und sozialen Umwälzungen das herauszuholen, was herausgeholt werden konnte. Die Schreier, die sich in jeder Revolution vordrängen, hemmten nur die wirkliche Aktion der Arbeiterschaft, ohne dass man sie, wegen der Kürze der Zeit, abzuschütteln vermochte. Mit kraftvoller Energie suchten - begrüsst vor allem von der deutschen Arbeiterschaft - die an Zahl zunehmenden Arbeitervertreter der Pariser Kommune mit einem Schlage grosse politische Reformen in Verwaltung, Heer und Polizei durchzuführen. In reger Arbeitstätigkeit bemühten sich die sozialistischen Bevollmächtigten für Arbeit und Handel, soziale Reformen im öffentlichen Dienst und im privaten Arbeitsverhältnis in die Wege zu leiten. Sie richteten ein statistisches Arbeitsamt und Arbeitsvermittlung ein, beseitigten die Nachtarbeit für die Bäckergehilfen, verboten den Unternehmern, Lohnstrafen, wie sie damals noch üblich waren, gegen die Arbeiter auszusprechen, erliessen rückständige Mietzinsen, schufen die Gleichberechtigung auch der Ausländer, riefen eine Kommission ins Leben, die den Betrieb der leerstehenden Fabriken in die Hand zu nehmen suchte: ein Versuch, die ökonomische Entwicklung von Jahrzehnten von heute auf morgen vorwegzunehmen, der natürlich die Gegnerschaft selbst der mit der Kommune vielfach sympathisierenden Intellektuellen und Syndikatskammern, Professoren und Kleinindustriellen fand.

"Vom 19. März bis zum Eindringen der Versailler Truppen in Paris blieb", wie die Adresse des Generalrats der Internationale feststellt, "die proletarische Revolution so rein von allen den Gewalttaten, von denen die Revolutionen und noch mehr die Konterrevolutionen der "höheren Klassen" strotzen, dass die Gegner keine anderen Handhaben für ihre Entrüstung finden als die Hinrichtung der Generale Lecomte, Clément Thomas und den Zusammenstoss auf dem Place Vendôme." Des französischen "Patrioten" Thiers Tachtelmechtel mit dem "Freunde" Bismarck zur Freigabe gefangener französischer Truppen zwecks Bekämpfung des "inneren Feindes" in Frankreich brachte die explosive Situation zur Entladung. Nachdem Thiers, gestützt auf Mac Mahon und Galliffet, durch Gefangenenerschiessungen und Misshandlungen das Zeichen zu verrohter Brutalität gegeben hatte, setzte ein gegenseitiges Gemetzel ein, das mit zu den schlimmsten Ausartungen in der Geschichte gehört, wobei die Schuld, nach beiden Seiten sich verteilend, am schwersten Thiers und seiner Soldateska zur Last fällt; denn, "wenn die Taten der Pariser Arbeiter Vandalismus waren, so waren sie der Vandalismus der verzweifelnden Verteidigung, nicht der Vandalismus des Triumphs." 25 000 Männer, Frauen und Kinder, die in den "Maitagen" oder wenige Tage darauf massakriert wurden, 3 000, die in den Gefängnissen, auf den Galeeren und befestigten Plätzen an Krankheiten starben, 13 700 Verurteilte mit meist lebenslänglichen Strafen, 70 000 Angehörige, Frauen, Kinder und Greise, denen ihre natürlichen Ernährer geraubt wurden, im ganzen also 111 000 Opfer bilden die menschliche Bilanz der grossen Tragödie vom Frühjahr 1871.

Indem die Arbeiterschaft die Pariser Kommune als einen eruptiven Versuch des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht betrachtet, dem ein langer historischer Prozess zur Verwirklichung der grossen Ideale der Pariser Kommune zwecks allmählicher Eroberung der politischen Macht folgt, handelt sie im Geiste von Karl Marx, der in der von ihm verfassten und mitunterzeichneten "Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich 1871" vom

30. Mai 1881 seine Lehren aus der Geschichte der Pariser Kommune in folgende Sätze presst: "Die Arbeiterschaft hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluss einzuführen. Sie weiss, dass, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, dass sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schosse der zusammenreichenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben."

+ + +

Das klassische Zeitdokument der Pariser Kommune ist das Werk "Der Pariser Kommune-Aufstand" von dem Schriftsteller und Politiker H.P.O. Lissagaray, einem Mitkämpfer jener Tage. Von diesem Buche ist neuerdings von der Soziologischen Verlangsanstalt in Berlin eine deutsche Volksausgabe (432 Seiten stark) zum Preise von 2,85 Mark herausgebracht worden. Die deutsche Ausgabe enthält im Anhang zum Teil unveröffentlichte Briefe von Karl und Jenny Marx über die Kommune.

Kampf gegen die Tauben.^x

SPD. Tierfreunde horchen auf, Tierschutzvereine bereiten Proteste und Demonstrationen vor. Was ist geschehen? Die Tierliebe der Menschen hat einen grossen Schlag erlitten. Die Stadtauben, diese zärtlichsten Objekte der menschlichen Tierliebe, sind zu Menschenfeinden gestempelt worden. Zu Schädlingen unserer Kunstschöpfungen. Und auf der ganzen Linie eröffnet man einen rücksichts- und schonungslosen Kampf gegen sie; man bereitet einen Massenmord vor, gegen den keine Demonstrationen und Proteste helfen werden.

Wird der Mann seine Frau noch "Täubchen" nennen dürfen, ohne sie zu beleidigen, nachdem diese bisher für so harmlos gehaltenen Tierchen endgültig entlarvt sind? Man hat ihnen schon früher so manche bösen Eigenschaften nachgesagt; sie seien schlau und hinterlistig, und selbst mit der Liebe der Turteltaubchen sei es so eine Sache... Aber Menschenfeinde, Widersacher unsrer heiligsten Güter? - Als solche entpuppten sich die Tauben erst in allerletzter Zeit. Zuerst kam aus Wien die Nachricht, dann aus Venedig, zwei Städten voller Kunstschatze, dass die Taubenschwärme dieser Städte, die lieblichen und verhätschelten Tierchen, der Anziehungsmagnet aller sentimentalitätsbedürftigen Fremden, solche Schäden an den Kunstwerken, historischen Bauten, Kirchen anrichteten, dass die Wiederherstellung dieser Baudenkmäler die grössten Geldopfer erforderte.

Worin bestehen denn die Schäden, die diese harmlosen Tiere anrichten; woraus entnimmt man ihre Kunstfeindlichkeit? - so fragt wohl ungläubig lächelnd die in diesen Fachangelegenheiten nicht sehr bewanderte öffentliche Meinung. Diese Frage erläutert eingehend eine wissenschaftliche Arbeit des Privatdozenten an der Wiener Technischen Hochschule Dr. Alois Kieslinger. Nach gründlicher Untersuchung stellte er fest, dass der Taubenkot, der stellenweise, wo die Stadtauben unter den Kirchendächern hausen oder diese befliegen, eine dicke Schicht von 10 bis 15 cm erreicht, starke Harnsäure enthält, die sich bei der fauligen Gärung zersetzt und Ammoniakverbindungen, Salpetersäure und andre Stoffe entwickelt, die für die Baustoffe und Bauwerke äusserst schädlich werden können. Denn die Säuren des Taubenkots greifen mit einer ungeheuren Vehemenz allererstens die Blechabdeckungen der Gesimse und Ornamente an, und fressen sich durch das Metall hindurch, sodass das Blech vollkommen durchlöchert wird. Wenn nun durch diese Löcher die Feuchtigkeit an den Baustoff der Plastiken gelangt, die wegen der Blechdecke nicht verdunsten kann, und wenn

auf diese Weise der Stein Jahre hindurch nass bleibt, so ist es begreiflich, dass das Eintreten des Frostes für die Architektur leicht verhängnisvoll werden kann.

Die praktische Beobachtung stimmt mit dieser These vollkommen überein. Eine Reihe Wiener Bauwerke erlitt Schäden, die bewiesenermassen von Taubenkot herrührten. Dass dieser kunstfeindliche Einfluss der Tauben auf Bauwerke den Fachleuten nicht ganz neu ist, zeigte eine Restauration der Alsterkirche vor etwa 25 Jahren, bei der man zur Abwehr von Taubenschäden an besonders gefährdeten Stellen Schutzbleche mit einem dichten Wald von Nägeln anbrachte, um das Anfliegen der Tauben zu verhindern. Doch auch diese Massnahme hat nicht viel geholfen, denn als man im vorigen Sommer wieder Reparaturen vornahm, sah man, dass die Schutznägel in einer dicken Schicht von Taubenkot vollkommen verschwanden, das Schutzblech ganz und gar verätzt und durchlöchert war und darunter der Stein durch Nässe und Frost dermassen gelitten hatte, dass ein Stück der Gesimsbalken ausgefroren und abgefallen war.

Kieslinger nennt in seiner Arbeit noch eine Anzahl anderer Kirchen und wertvoller Architekturen, denen die Tauben ähnliche Schäden zugefügt haben. Die Hauptleidtragenden sind die unschätzbaren Bauwerke der Stephans-, Votiv- und Peterskirche, deren am meisten gefährdete Teile man nun stellenweise mit einem dichten Pelz von langen Nadeln überzog, um die Tauben von ihnen fernzuhalten. Vielfach werden auch Schutzgitter gegen die Tauben angewandt und haben sich besonders gut bewährt. Leider ist es jedoch nicht gut vorzustellen, dass man ganze Kirchen und Denkmäler mit Nadeln ausschmücken und unter Drahtnetze stellen soll, um sie gegen die Taubenschäden zu schützen. Zur Lösung des Problems wird wohl zum grössten Leidwesen der Taubenliebhaber nur das eine Mittel helfen, das die Wiener Burghauptmannschaft und die zuständigen Behörden von Venedig schon vor Jahren beschlossen, das aber wegen der Entrüstung der Öffentlichkeit damals noch nicht zur Ausführung gelangte: einen Teil der Stadtauben abzuschliessen oder anderweitig zu vernichten. Für diese an sich bedauerliche Massnahme werden sich die Tierliebhaber die Schuld selbst zuschreiben müssen. Denn im Grunde war auch hier die falsch angewandte "menschliche Güte", die übertriebene Tierliebe die Ursache, die die bösen Folgen und die enormen Schäden an Kunstwerken heraufbeschworen hat. Wären doch die Schäden bei weitem nicht so bedeutend, wenn sich die Tauben nicht durch eine förmliche Fütterungswut des Publikums, durch die masslos übertriebene Betätigung der Tierschutzverbände in einer fast grotesken Weise vermehrt hätten. Dadurch ist die an und für sich zu begrüssende Tätigkeit des privaten Naturschutzes zu einer Plage geworden, der die Behörden mit Recht abhelfen wollen.

Die Taubenromantik des Markusplatzes und der Wiener Hofburg geht nun ihrem Ende entgegen. Wer wird ihr nachweinen! Sie war für unsre Zeit etwas zu süsslich geworden, und ihren Untergang werden Markusplatz und Wiener Hofburg umso eher ertragen, als sie es wirklich nicht nötig haben, nur aus dieser Perspektive betrachtet zu werden.

-osi.

Schul- und Hausmusik.

SPD. Die Musikabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin gab am 10. März einen neuen Beweis ihrer unermüdlichen Bestrebungen, die veredelnde Wirkung der Musik der Schule dienstbar zu machen, der modernen Schule, die dazu berufen ist, der kommenden Generation eine wahre Kulturvermittlerin zu sein.

Die neue Schulmusik, die in glänzender Wiedergabe vorgeführt wurde, hat jedoch weit über den gestellten Rahmen hinaus noch eine andere Bedeutung. Sie will, wie der Komponist Hindemith, dessen Kompositionen fast den ganzen Abend

bestritten, es in seinem Vorwort zu den Sing- und Spielmusiken (erschienen bei J. Schott's Söhne, Mainz) ausdrückt, Leuten, die zu ihrem eigenen Vergnügen singen und musizieren, oder die einem kleinen Kreise Gleichgesinnter vormusizieren wollen, ein interessanter und neuzeitlicher Übungsstoff sein. Diesem Zweck entsprechend werden an alle Ausführenden keine sehr grossen technischen Anforderungen gestellt.

Diese neuen Lieder, teils für Chor und teils für Einzelstimmen geschrieben sind in der Tat eine wirkliche Bereicherung für jede musizierfreudige Gemeinschaft. Aber nicht nur das rein Musikalische ist erwähnenswert. Die herrlichen Texte, die Hindemith verwandte - "Frau Musica" von Luther, der Spruch eines fahrenden Gesellen aus dem 14. Jahrhundert, ein urdrolliges Lied von der Martinsgans und so weiter - tragen durch ihre ursprüngliche Frische mehr zur Bildung bei als mancher dicke Wälzer, besonders wenn sie in so genialer Weise von allem Gelehrtenwesen entstaubt sind, wie durch die lebendige Musik Hindemiths.

Es ist ein bleibendes Verdienst des Zentralinstituts und vor allem des Leiters der Musikabteilung, Ministerialrat Professor Leo Kestenberg, eine Musikliteratur ins Leben gerufen zu haben, die sowohl in der Schule zum Unterricht als auch vom Erwachsenen zur Erholung in den Musestunden benützt werden kann.

H.E.

SPD. Die Königsgräber von Ur.^x Die grossen Königsgräber in dem chaldäischen Ur, der Geburtsstätte Abrahams, sind kürzlich geöffnet und - leer gefunden worden. Sie wurden bereits von den elamitischen Eroberern ausgeplündert, die Ur um 2170 v. Chr., etwa 80 Jahre nach der Anlage der Gräber, eroberten. Diese Entdeckung ist von dem Archäologen C. L. Woolley bei der neunten Grabung gemacht worden, die er gegenwärtig im Auftrage des Britischen Museums und der Universität von Pennsylvania vornimmt. Trotzdem ist dieser Gräberfund von grösster Wichtigkeit, denn nach den Berichten Woolleys sind die Königsgräber, die von König Dungi um das Jahr 2250 v. Chr. errichtet wurden, die grossartigsten Bauten, die man bisher in Ur gefunden hat. Es sind Anlagen aus Ziegeln mit mächtigen Gewölben, und man hat auf dem Boden noch goldene und Lapislazuli-Mosaiken gefunden. Ausserdem stiess man auf die Statue einer Göttin Pa-sag, der "Beschützerin der Wüstenpfade".

SPD. Ein schlechter Tausch.^x Théophile Gautier sprach in der Wohnung bei Heinrich Heine in Paris vor. Heine empfing ihn mit den Worten: "Etwas peinlich für mich, dass du gerade jetzt kommst."

"Warum? Störe ich?" fragte Gautier.

"Durchaus nicht! Nur habe ich Angst, ich wirke furchtbar idiotisch auf dich."

"Aber wie kommst du nur auf diesen Einfall?"

"Vorhin," erklärte Heine, "hat mich der Abgeordnete B. besucht, und da haben wir unsre Ideen ausgetauscht."

SPD. Bedenkliche Auszeichnung.^x Kein Unglück mochte in den Augen der Bevölkerung Roms unerträglicher erscheinen, als auf dem päpstlichen Stuhle den aus Spanien stammenden Hadrian VI. zu sehen, einen Mann, der ihre Sprache nicht beherrschte und den schönen Künsten abgeneigt war. Deshalb hat die Nachricht von seinem Tode einen wahren Jubel unter dem Volke hervorgerufen, und am nächsten Tage fand man an der Tür der Wohnung des päpstlichen Leibarztes Giovanni Antracino eine blumengeschmückte Tafel mit den Worten: "Das römische Volk und der römische Senat dem Befreier des Vaterlandes".
